

In Jena wurden neben mehreren antiautoritären Projekten wie der GG/BO-Soligruppe Jena, Jugend gegen Rechts, Pekari und anderen in den letzten sechs Jahren auch explizit **anarchistische Organisationen** aufgebaut. Diese sind:

ABC Jena

c/o Infoladen Jena
Schillergässchen 5
07745 Jena
abcj.blackblogs.org



Anarcho Infoblatt Jena

c/o Infoladen Jena
Schillergässchen 5
07745 Jena
samizdatarchiv.noblogs.org



FAU Jena

Bachstraße 22
07743 Jena
jena.fau.org



Anarchist*innen in Thüringen unter rot-rot-grün

Zusammenstellung von inhaltlichen Beiträgen und Aktionen von Anarchist*innen aus Thüringen gegen das linke Establishment unter der rot-rot-grünen Koalitionsregierung

Die **Reihe Jenaer Bewegungsblätter** ist eine vom Anarcho Infoblatt Jena (AIBJ) herausgegebene Reihe thematischer Broschüren, in denen bereits erschienene Beiträge aus dem AIBJ sowie anderen Bewegungsmedien sowie neue Beiträge abgedruckt werden. Die Broschüren werden frei verteilt. Spenden für die Druckkosten sind willkommen und für die Aufrechterhaltung des Projekts wohl auch unablässig.

Die pdf-Druckversionen der Broschüren sind auf samizdatarchiv.noblogs.org archiviert und können dort frei runtergeladen und ausgedruckt werden. Kopien der Hefte können auch unter aibj@riseup.net bestellt werden.

Weitere geplante Titel sind: Die Antikriegsbewegung gegen die Jugoslawienkriege | Die Zerschlagung der anarchistischen Bewegung in Osteuropa unterm Staatskommunismus | Polizei



Reihe Jenaer Bewegungsblätter #3

 herausgegeben vom Anarcho Infoblatt Jena | Nov. 2018

Inhalt

Einleitung (S. 3)

Wenn Bodo neben dir in der Blockade sitzt (S. 6)

Besetzung des Linksparteibüros in Jena (S. 9)

Warum ich kein Freund der IL bin (S. 12)

Ballstädt-Verfahren: Antifas im Zuschauer*innenmodus (S. 16)

Der CATI-Labour-Struggle: Arbeitskampf an der Uni (S. 22)

Kundgebung gegen Wagenknecht-Besuch an der Uni Jena (S. 26)

Antirassistische Aktion im Erfurt DGB-Jugendhaus "Filler" (S. 28)

Die Linkspartei und der offene Brief der GG/BO-Soligruppe Jena (S. 32)

Die Siegerjustiz-Debatte um und mit der Roten Hilfe (35)

Faschistische Umtriebe in IG-Metall und DGB (S. 40)

(1) <http://eisenberg.otz.de/web/eisenberg/startseite/detail/-/specific/AfD-mit-eigenem-Kandidaten-jankowski-will-OB-von-Jena-werden-1551005048>

(2) <http://jena.otz.de/web/jena/startseite/detail/-/specific/Der-Wahlkreis-als-Wundertuete-1490247121>

(3) <https://www.swr.de/report/rechte-betriebsraete-wie-sich-die-ig-metall-vor-der-neuen-konkurrenz-wegduckt/-/id=233454/did=21227400/nid=233454/sdtlaq/index.html>

(4) <http://www.mdr.de/thueringen/wahlen-politik/afd-denny-jankowski-100.html#sprung0>

(5) <http://afd-gera-jena-shk.de/unser-kreisverband/vorstand/>

(6) <http://afd-thueringen.de/2017/05/afd-thueringen-und-alarm-laden-ver-di-mitglieder-zum-uebertritt-ein/>

(7) <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1071407.siemens-gewerkschaftsfahren-statt-hoecke.html> Das scheint wenig überraschend, hält man sich deren Gemeinsamkeiten mit der AfD vor Augen, dass nämlich der linke Ministerpräsident Thüringens Ramelow der Antifa bei einer Demo gegen die AfD in Bornhagen nationalsozialistische Methoden vorgeworfen hat, dass der Erfurter SPD-Bürgermeister Bausewein nach dem versuchten Pogrom von Heidenau in einem offenen Brief den Ausschluss von Flüchtlingskindern aus dem Schulwesen gefordert hat und dass Thüringer DGB-Funktionär Sandro Witt offen die Interessen von Polizei und Schließern vertritt und dabei der Gewerkschaft der inhaftierten Arbeiter_innen, der GG/BO, in den Rücken fällt.

(8) <http://zentrum-auto.de/>

(9) <https://konferenz.compact-shop.de/>

(10) <https://einprozent.de/>

(11) <https://werdebetriebsrat.de/>

(12) <https://www.heise.de/tp/features/Truebe-Finanzquellen-3821330.html?seite=all>

(13) <https://unterbau.org/2017/04/28/zum-mythos-der-antifaschistischen-einheitsgewerkschaft/>

veröffentlicht am 23. März 2018 auf <https://jena.fau.org/2018/03/23/ig-metall-und-dgb-unfaehig-faschistische-umtriebe-in-eigenen-reihen-zu-stoppen-fuer-eine-antifaschistische-gewerkschaftsbewegung/>

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die AfD Populismus betreibt. Sie gibt vor, die Interessen der „kleinen Leute“ und der „Arbeitnehmer“ zu vertreten. Tatsächlich ist sie aber eine arbeiterfeindliche Partei. Sie spaltet in deutsche und ausländische Arbeiter_innen, hetzt gegen migrantische und ausländische Arbeiter_innen und verhindert so einen gemeinsamen Kampf um Verbesserungen für Alle. Sie will den gesellschaftlichen Reichtum nicht von oben nach unten umverteilen, sondern heizt den Verteilungskampf der Arbeiter_innen untereinander an. Gleichzeitig rekrutiert sich die Führungselite der AfD weniger aus Arbeiter_innen denn aus privilegierten Kreisen und erhält die AfD Millionenbeträge von einer „Handvoll von Großspendern, die anonym bleiben wollen.“¹² Das ist alles in allem eine Kombination, die uns aus den Anfangsjahren der NSDAP bekannt ist und die damals im größten Massaker an Arbeiter_innen und Minderheiten der Geschichte endete.

Der zentrale Gründungsmythos des DGB nach dem Zweiten Weltkrieg war die Notwendigkeit einer Einheitsgewerkschaft als Bollwerk gegen den Faschismus. Die Frankfurter Hochschulgewerkschaft unterbau machte im Vorfeld des Ersten Mai 2017 darauf aufmerksam¹³, dass es nicht die Einheitsgewerkschaft, sondern radikale Minderheitengewerkschaften waren, die den Nationalsozialismus aktiv bekämpften. Die Führung der Weimarer Einheitsgewerkschaft, des ADGB dagegen bremste den antifaschistischen Widerstand aus und stellte sich im Frühjahr 1933

freiwillig in den Dienst der „nationalen Revolution“. Insofern ist es keine Überraschung, dass sich auch heute wieder Faschist_innen in DGB-Gewerkschaften breit machen und dass die DGB-Gewerkschaften als Ganzes nicht in der Lage oder nicht willens sind, dem einen Riegel vorzuschieben.

Als FAU Jena sind wir überzeugt davon, dass wir die Spaltung und gegenseitige Unterdrückung innerhalb der Arbeiter_innenklasse durch Rassismus und Nationalismus überwinden müssen. Deswegen rufen wir alle Arbeiter_innen dazu auf, die faschistischen Umtriebe innerhalb der DGB-Gewerkschaften zu bekämpfen, radikale Basisgewerkschaften wie die FAU, GG/BO oder unterbau zu stärken und mit uns gemeinsam für eine antifaschistische Arbeiter_innen- und Gewerkschaftsbewegung einzustehen! Einen Anfang könnten der Gewerkschaftsausschluss Jankowskis, ein klares Statement seitens der IG Metall und ein Unvereinbarkeitsbeschluss der DGB-Gewerkschaften mit der AfD sein.

Einleitung

von der AIBJ-Redaktion

Im September 2014 wurde nach den Landtagswahlen in Thüringen eine rot-rot-grüne Regierung gebildet, die erste Koalition aus Linken, SPD und Grünen, in der die Linke die stärkste Partei und damit den Ministerpräsidenten stellte. Im Dezember 2014 übernahm sie das Regierungsgeschäft. In der radikalen Linken hat das - wieder einmal - zahlreiche Diskussionen über berechnete und unberechnete Hoffnungen und Erwartungen an eine linke Regierung ausgelöst. Als Anarchist_innen haben wir uns in Diskussionen, aber auch in den praktischen Kämpfen mit rot-rot-grün auseinandersetzen müssen. In dem Rahmen sind zahlreiche Texte entstanden, die wir in dieser Broschüre gesammelt abdrucken. In ihrer Gesamtheit stellen sie eine anarchistische Kritik am linken Establishment und dessen unterschiedlichen Apparaten dar, der Linkspartei und ihrer Rosa-Luxemburg-Stiftung, den linken Parteijugenden, der Staatsantifa, den Gewerkschaften und dem linken Soziologie-Institut der Uni Jena. Außerdem sind Beiträge entstanden, die sich mit autoritären Tendenzen innerhalb der radikalen Linken beschäftigen, konkret mit der Interventionistischen Linken und der Roten Hilfe.

Zur Einführung wollen wir kurz unsere Kritik am linken Regieren zusammenfassen und Perspektiven für unsere eigene Bewegung ableiten.

Es wird gerne auf die vermeintlich positiven Aspekte einer linken im Vergleich zu einer rechten Regierung verwiesen: weniger Repression, Unterstützung für die sozialen Bewegungen, die Umsetzung derer Forderungen über progressive Reformen usw., um dann linke Wahl-, Parlaments- und Regierungspolitik zu rechtfertigen und zu unterstützen. Im Gegensatz dazu, gehen wir davon aus, dass linkes Regieren keine bessere, sondern schlicht und einfach eine andere Form von Staatsverwaltung ist und dass es soziale Bewegungen und die linksradikale Szene auf eine andere Art und Weise herausfordert.

Die Effekte linken Regieren auf soziale Bewegungen wollen wir kurz festhalten:

(1) Es setzt nicht vordergründig auf die Unterdrückung sozialer Bewegungen durch Repression, sondern auf deren Einbindung in die Staatsapparate. Es ist kein Geheimnis, dass mit dem Regierungsantritt von rot-rot-grün in Erfurt zahlreiche Stellen geschaffen wurden und dass einige Leute aus der linksradikalen Szene diese angenommen haben. In vielen Fällen haben sie daraufhin ihre Tätigkeit in der Szene eingestellt oder runtergefahren. Das be-greifen wir als Schwächung autonomer Bewegung.

(2) Ein Effekt dessen ist, dass gerade diese Leute bzw. deren politisches Umfeld angefangen ha-

ben, staatliches und Regierungshandeln zu rechtfertigen und die angeblichen positiven Aspekte herauszustreichen. Anstatt also, was ja die Aufgabe linksradikaler Politik wäre, den Staat infragezustellen, wurde er weiter legitimiert. In einigen Fällen haben sich die Parvenus des linken Establishments sogar ganz direkt gegen Kämpfe von unten gerichtet.

(3) Damit einher geht der Glaube, dass man den Genossen an Schaltebeln der Macht die Zeit und den Spielraum lassen sollte, sich um gewisse Probleme zu kümmern. Das kann zu einer Deeskalation von Kämpfen und zur Demobilisierung von Bewegung führen.

(4) Tatsächlich war die Hoffnung auf weniger Repression zumindest in Thüringen unbegründet. Es hat in den letzten vier Jahren zahlreiche Verfahren gegen die linksradikale Bewegung gegeben u.a. gegen die Gothaer Drei, die Polizeirepression gegen die Antifa-Proteste in Jena von 2015 bis 2017 war ungeheimhart und Ramelow mobilisierte auch verbal gegen die Antifa, der er Nazi-Methoden vorwarf, um nur drei Beispiele aus dem Antifa-Bereich zu nennen.

(5) Von der erhofften staatlichen Unterstützung ist in der linksradikalen Szene dann nichts angekommen, wenn die Gruppen eine klare Kritik an der herrschenden Regierung vertraten. Forderungen der Gefangenen-Gewerkschaft wurden ignoriert, der Erfurter Zeitschrift Lirabelle wurden sogar die Gelder gestrichen.

(6) Dadurch, dass sich viele Gruppen darauf verlassen, staatliche Gelder abzugreifen, wird es ver säumt, eigene unabhängige Kassen und Strukturen aufzubauen. Das stellt langfristig ein großes Manko dar und wird sich spätestens bei der Abwahl von rot-rot-grün und einer rechten Regierungsbildung rächen.

Angesichts dessen haben wir als Anarchist*innen in Jena folgende Strategie entwickelt. Auf der einen Seite haben wir die linke Regierung, die beteiligten Parteien, die Staatsantifa und Gewerkschaften schonungslos kritisiert. Es gab z.B. einen Prozessbericht mit kritischem Kommentar zur Arbeit des Staatsantifa-Vereins ezra (S. 16) und einen Artikel der FAU dazu, wie AfDler*innen sich im DGB breit machen (S. 40). Es gab aber auch einige Aktionen, unter anderem die Besetzung des Linksparteibüros in Jena (S. 9), eine Kundgebung gegen den Besuch von Sahn Wagenknecht auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (S. 26) und eine Provo-Aktion bei einem Solidaritätskonzert im Haus der DGB-Jugend in Erfurt (S. 28). Berichte dieser Aktionen sind auf den folgenden Seiten nachzulesen.

Zweitens haben wir darauf hingearbeitet, eine Spaltung innerhalb der linken Bewegung herbeizuführen, d.h. uns von Partei und Staat möglichst unabhängig zu machen und uns als eigenständige antiautoritäre Bewegung zu konstituieren. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung sind die hier abgedruckten Texte entstanden, die sich kritisch mit der Roten Hilfe (S. 35) und der Interventionistischen Linken (S. 12)

sich zu positionieren – mit katastrophalem Ausgang: Sie drücken sich alle vor der Verantwortung. Zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung entsteht der Eindruck, dass die DGB-Führung lokale Betriebsräte, die das Problem rechter Betriebsräte angehen möchten, allein lässt und rein gar nichts dafür tut, ihnen den Rücken zu stärken.

Jankowski spielt den arbeiterfreundlichen und sozialen Clown der Thüringer AfD, mit dem extremen Kurs des sogenannten „Flügels“ um Björn Höcke und der von ihm dominierten Thüringer AfD hat er aber offenbar kein Problem. Im Gegenteil, er trug den von Höcke angekündigten „Anti-Establishment-Wahlkampf“ mit. Auf die Frage des MDR „Mit welcher Partei können Sie sich eine Koalition vorstellen?“ antwortete er: „Mit keiner.“⁴ Und genauso wie der „Flügel“ hetzt er gegen die „Political Correctness“, also gegen die Erregungenschaften verschiedener sozialer Bewegungen der letzten Jahrzehnte.⁵

Das gezielte Engagement Jankowskis sowohl in der Thüringer AfD wie auch in der IG Metall ordnet sich dabei in eine neuere Strategie der AfD ein. Am 1. Mai 2017 wurde auf der Kundgebung der AfD in Erfurt die Gründung des Alternativen Arbeitnehmerverbandes Mitteldeutschland, »ALARM!« verkündet, der seitdem versucht, Gewerkschaftsmitglieder zu rekrutieren, u.a. in einer aggressiven Erklärung des Pressesprechers des AfD-Landesverbandes Thüringen Torsten Braga an Verdi-Mitglieder vom 4. Mai 2017.⁶ Am 21. November 2017

beteiligten sich AfD-Funktionäre, darunter Björn Höcke, mit AfD-Regenschirmen beim Schweigemarsch der Siemens-Arbeiter_innen in Erfurt und liefen zeitweise in der zweiten Reihe hinter dem Fronttransparent, Bodo Ramelow (LINKE) und Andreas Bausewein (SPD). Die DGB-Funktionäre Kirsten Joachim Breuer und Sandro Witt verteidigten im Anschluss noch die Entscheidung, die AfD nicht von der Demo auszuschließen!⁷ Auch bei den Demos gegen die Betriebs-schließungen der Siemens- und Bombardier-Werke in Görlitz beteiligen sich AfD-Funktionäre. Bei der neurechten und neofaschistischen Compact-Konferenz vom 25. November 2017 in Leipzig hielt Oliver Hilburger, über die rechte Arbeitnehmervereinigung „Zentrum Automobil“⁸ Betriebsrat beim Daimler-Werk in Stuttgart-Untertürkheim, einen Vortrag zum Thema „Den Widerstand in die Betriebe tragen“.⁹ Weitere Redner waren Björn Höcke, Pegida-Führer Lutz Bachmann, Identitären-Aktivist Martin Sellner und Verschwörungsideologe Jürgen Elsässer. Ende November 2017 haben die faschistische Ein-Prozent-Bewegung¹⁰ und Zentrum Automobil die Kampagne „Werde Betriebsrat – Patrioten schützen Arbeitsplätze“ mit explizitem Bezug zur AfD gestartet.¹¹ Im Januar 2018 fand dazu eine Veranstaltung des AfD-nahen „Instituts für Staatspolitik“ im Identitären-Haus in Halle statt. All das zeigt, dass die AfD und parteiunabhängige Faschist_innen sich seit einem Jahr systematisch darum bemühten, ihre Mitgliederbasis in der organisierten Arbeiter_innenschaft und in den DGB-Gewerkschaften auszubauen.

IG-Metall und DGB unfähig, faschistische Umtriebe in eigenen Reihen zu stoppen: Für eine antifaschistische Gewerkschaftsbewegung!

von der FAU Jena

+++ Jenaer AfD-Spitze Jankowski ungestört als Betriebsrat und IG-Metaller tätig +++ IG-Metall und DGB scheinbar nicht gewillt, antifaschistische Grundsätze durchzusetzen +++ FAU Jena fordert Ausschluss von Jankowski und der AfD aus der Gewerkschaftsbewegung +++

In Zeiten des gesellschaftlichen Rechtsrucks und der zunehmenden Autoritarisierung der politischen Regime werden alte Selbstverständlichkeiten über Bord geworfen, z.B. die antifaschistische Grundhaltung der DGB-Gewerkschaften. Wir merken immer deutlicher, wie auch im DGB Faschist_innen wirken und aufsteigen.

Einer von ihnen ist der Aktivist der in Thüringen deutlich faschistischen AfD, Denny Jankowski. Jankowski trat schon im Mai 2013 der frisch gegründeten AfD bei, ab November 2014 wirkte er als stellvertretender Sprecher des AfD-Kreisverbands Gera-Jena-SHK und seit November 2015 als Sprecher des Kreisverbands. Im Wahlkampf von 2017 kandidierte er für die AfD darüber hinaus für den Bundestag.

Im November 2017 wurde Jankowski mit Wiebke Muhsal als Kreissprecher der AfD Gera-Jena-SHK bestätigt und kündigte an, bei den Wahlen zum Jenaer Oberbürgermeister kandidieren zu wollen.¹ Darüber hinaus ist er Mitglied der Jungen Alternativen (JA), der Jugendorganisation der AfD.

Parallel dazu wurde er 2014 bei Jenoptik zum Betriebsrat gewählt² und trat der IG Metall bei – zu einer Zeit also, in der Jankowski bereits in der AfD tätig und dabei war, Führungspositionen zu übernehmen. IG Metall und DGB haben all das bisher öffentlich ausgespart. Es war Jankowski selbst, der seine IG-Metall-Mitgliedschaft offen gemacht hat. Er sagte in seiner Wahlkampfrede vom 15. September 2017 in Gera: „Ja, ich bin sehr sozial eingestellt. Ja, ich bin Betriebsrat. Ja, ich bin Gewerkschaftsmitglied. Und ja, ich bin genau in der richtigen Partei dafür.“ Auf seinem öffentlichen Facebook-Profil schrieb er am 4. Januar 2018: „Ich bin selbst Betriebsrat und Mitglied der IG Metall.“ Erst ein Bericht vom REPORT MAINZ³ hat DGB-Funktionären Druck gemacht,

als Institutionen der großen "Einheit der Linken" beschäftigen. Diese Spaltung der Einheitslinken hat sich jedoch als ein schwieriges Unterfangen erwiesen. Die Befürchtungen des Genossen aus der Zeit der Regierungsbildung haben sich insofern bestätigt (S. 6): "Ich habe die Befürchtung, dass in linksradikalen Kreisen ein Trennungsschmerz von früheren Bündnispartnern aus Parteikreisen zu viel Zeit und Diskussionsraum einnehmen wird, statt die eigene Politik unbeirrt fortzuführen."

Drittens haben wir statt des Bündnisses mit der staatlichen Linken noch aktiver als bisher das Bündnis mit anderen Unterdrückten, Ausgebeuteten und Diskriminierten gesucht. Die Arbeit der Gefangenen-Gewerkschaft, die Arbeitskämpfe der FAU und die antirassistischen Proteste sind Beispiele für die Ergebnisse dieser Bemühungen. In diesen Kämpfen waren wir immer wieder gezwungen, uns mit dem linken Establishment anzulegen. Die GG/BO-Soligruppe hatte einen Konflikt mit der Linksparteifraktion im Landtag (S. 32), die FAU Jena mit dem linken Institut für Soziologie an der Uni Jena (S. 22).

Viele mögen die gemachten Gedanken teilen, aber anschließend einwenden, dass wir in Zeiten des aufkommenden Faschismus leben, dass wir uns mit den wenigen verbliebenen Antifaschist_innen zusammenschließen und das Schlimmste verhindern sollten, auch wenn wir dabei ein paar Abstriche bei unseren Idealen machen müssen. Wir halten diese Unterscheidung in Demokratie und Faschismus für

problematisch, denn was immer deutlicher wird, ist, dass die Demokratie selbst ein sehr mörderisches System ist, dass die faschistischen Tendenzen im demokratischen System angelegt sind und dass demokratische Kräfte durch autoritäre Reformen eine mögliche Machtübernahme der AfD selbst mit vorbereiteten. Es kann letzten Endes also nicht darum gehen, die Demokratie in ihrer Krise gegen den Aufstieg des Faschismus zu verteidigen, sondern eine breite Bewegung gegen diesen Staat egal unter welchem Regime aufzubauen.

Diese Broschüre enthält ein paar erste Ansätze für eine anarchistische Analyse linker Staatsverwaltung und dokumentiert die seit Ende 2014 erschienenen Texte und Aktionen. Damit wollen wir die Diskussion um eine langfristige Bewegungsstrategie bei uns in Thüringen fortsetzen, eine erste Grundlage für weitergehende und umfassendere Analysen schaffen und Genoss_innen in anderen Städten und Bundesländern unsere Erfahrungen zugänglich machen. Über Rückmeldung von vor Ort sowie aus anderen Städten würden wir uns sehr freuen.

AIBJ-Redaktion, Oktober 2018

Wenn Bodo neben dir in der Blockade sitzt

Was erwartet die Bewegungslinke von Rot-Rot-Grün in Thüringen? Interview von Ingo Stützele.

Seit wenigen Tagen regiert in Thüringen eine von der Partei DIE LINKE geführte Regierung. Was bedeutet das für die Linke außerhalb des Parlaments? ak hat bei zwei Aktivist*innen nachgefragt.

In welchen Zusammenhängen macht ihr Politik?

Philipp Jakobus: Ich bin in der anti-rassistischen Bewegung aktiv. Ich unterstütze und dokumentiere die Kämpfe der Geflüchteten - und ich gehöre zum Umfeld des losen Wolja-Zusammenhangs, aus dem heraus 2013 und 2014 Häuser in Jena besetzt wurden.

Thomas Hoeneß: Ich bin in der recht heterogenen linken Gruppe Juri aktiv, die von Leuten gegründet wurde, die mit den vorhandenen Szenestrukturen in Thüringen unzufrieden waren - einige Genossen sind auch recht nah an der Linkspartei dran.

Was wird sich für euch jetzt ändern?

P.J.: Konkret werden sich wahrscheinlich einige Linksparteiler, die sich im oppositionellen Habitus in der Vergangenheit noch zugunsten linksradikaler Positionen aus dem Fenster lehnten, zukünftig zurückziehen. Dass Abgeordnete sich wei-

terhin beispielsweise an Blockaden von Abschiebungen beteiligen und damit sowohl für partiellen Schutz vor Polizeibrutalität als auch für Öffentlichkeit sorgen, ist schwer vorstellbar. Ebenso werden einige Bündnisse oder Gruppen, die sich bei Demoanmeldungen stets von Linkspartei oder Grünen abhängig gemacht haben, sich nun neu orientieren müssen. Bereits im Wahlkampf gab es Erfahrungen, dass aus linken und grünen Parteikreisen eine Zusage zur Demoanmeldung zurückgezogen wurde oder die Unterstützung einer Kampagne gegen Abschiebungen von Roma mit dem Verweis auf die Priorität des Wahlkampfes ausblieb.

T.H.: Bis jetzt konnte man mit Leuten aus der Linkspartei, teilweise aber auch von den Grünen und der SPD bei bestimmten Sachen ganz gut zusammenarbeiten. Ich denke aber, dass außerparlamentarische Gruppen ihr Handeln nicht von der aktuellen Regierung abhängig machen sollten. Es bleibt weiterhin die Aufgabe, zu kritisieren und Druck aufzubauen. Deswegen wird sich ganz konkret nicht so viel für uns ändern, außer, dass wir demnächst mit einem Ministerpräsidenten in einer Blockade gegen Nazis sitzen werden.

Welche Hoffnungen verbindet ihr mit Rot-Rot-Grün?

überall da Widerstand leisten, wo Ungerechtigkeit herrscht - deswegen gibt es das ABC u.a. in Erdogans autoritärem Regime in der Türkei, in der (post)sozialistischen Diktatur Lukashenkos in Weißrussland, aber eben auch in der westlich-demokratischen BRD und deswegen sitzen in all diesen Staaten und immer wieder auch in der BRD Anarchist*innen im Knast. Und deswegen kriegen wir das hin, was Viele sich offenbar nicht vorstellen können: gleichzeitig den Staatskommunismus der DDR zu hassen und in der bestehenden Demokratie der BRD Widerstand zu leisten. (2) Wir fordern hier nicht die Auflösung der RH. Wir halten sie für eine

Antirepressionsorganisation mit einem politischen Programm, das wir ablehnen, die aber ansonsten immer wieder gute praktische Arbeit macht. Wir fordern hier einfach, dass Leute, die sich anarchistischen, autonomen und antiautoritären Idealen verbunden fühlen, eine eigenständige Antirepressionsorganisation aufbauen. Und dann kann immer noch geschaut werden, unter welchen Bedingungen wir mit Basisaktivist*innen und Ortsgruppen der RH zusammenarbeiten können und wollen.

*veröffentlicht am 25. April 2017 auf
<https://abcj.blackblogs.org/2017/04/25/abschliessendegedanken-zur-siegerjustiz-debatte-um-und-mit-der-roten-hilfe/>*

Aufgrund der politischen Ausrichtung der RH können wir schon jetzt mit den nächsten Manövern a la Ukraine-Solikampagne für rote Nationalist_innen oder DDR-Propaganda-Schwerpunkt der RHZ rechnen. Und wir werden auch weiter damit rechnen können, dass ein Teil der RH das vielleicht nicht toll findet, sogar was dazu schreibt, das jedoch weiter tolerieren wird.

Kommunistische Taktiererei

Es gibt sogar von RH-Aktivist_innen aus dem antiautoritären Spektrum immer wieder die Argumentation: Ja, das war alles nicht so toll, aber heute, wo der Antikommunismus so stark ist, sollten wir nicht zu laut davon reden, weil wir sonst ins Fahrwasser der Rechten geraten. Wir sagen: Wir machen solche kommunistischen Taktiken nicht mit, in denen man die eigenen Ideale verrät. Erstens werden wir ohne Rücksicht jedes unterdrückerrische Regime kritisieren, egal ob Deutsches Reich, DDR, BRD und was sonst noch kommen mag. Zweitens müssen wir gerade dann, wenn die Rechten ihre antikommunistische Leier anwerfen, eine eigene Kritik am Staatskommunismus formulieren, damit endlich mal klar wird, dass wir die DDR nicht verteidigen, sondern für Alternativen kämpfen.

Eine weitere Taktik ist der offenbar aussichtslose Versuch, innerhalb der Roten Hilfe was zu verändern. Mit welchem Ergebnis? Menschen, die zu DDR-Zeiten Widerstand geleistet haben, bleibt nichts übrig, als angesichts von Honecker-Reden und Stasi-Artikeln auszutreten und der Rest bekennt sich zum „strö-

mungsübergreifenden“ Charakter der RH und stellt sich schützend vor die autoritären Kommunist_innen und Stasi-Offiziere. Was muss nach der Ukraine-Kampagne und dem Siegerjustiz-Schwerpunkt eigentlich noch passieren, um sich von dieser untragbaren Organisation zu distanzieren und endlich eigene Strukturen aufzubauen?

Anarchistische Antirepression

Wir sind also dafür, eine eigene anarchistische Antirepressionsorganisation aufzubauen, wie das seit 2015 mit dem Anarchist Black Cross in Deutschland (wieder) läuft. In den letzten zwei Jahren wurden neue ABC-Gruppen in Dresden, im Rheinland, in Jena, Leipzig und Flensburg aufgebaut. Wir finden, dass man strömungsübergreifend Leute unterstützen UND gleichzeitig eine klare politische Linie fahren kann und sollte. Eine, die den staatskommunistischen Phantasien eine klare Absage erteilt und stattdessen Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung in allen staatlichen Regimen anzweifelt und bekämpft. Deswegen rufen wir alle, die sich in die Selbstverteidigung unserer Bewegung und den Kampf gegen Staat, Polizei, Knast und Repression einbringen möchten, dazu auf, sich am Aufbauprozess des Anarchistischen Schwarzen Kreuzes zu beteiligen.

Zu all dem noch zwei Bemerkungen noch: (1) Wir haben die Schnauze gestrichen voll, dass uns in solchen Debatten immer wieder vorgeworfen wird, wir wären kleinbürgerlich, antikommunistisch und würden der BRD zuarbeiten. Begreift doch endlich mal, dass wir Anarchist_innen

T.H.: Das letzte Mal, als ich Hoffnungen in einen Regierungswechsel gesetzt habe, war ich 16 Jahre alt - und Gerhard Schröder wurde Bundeskanzler. Das ist bekanntlich ziemlich in die Hose gegangen. Das sollte man auch in Thüringen im Hinterkopf haben. Wenn man sich den Koalitionsvertrag durchliest, ist das kein antikapitalistisches oder gar revolutionäres Projekt. Es gibt aber dennoch Bereiche, die etwas hoffen lassen. So war eine der ersten Regierungsentscheidungen ein Winterabschiebestopp für Flüchtlinge. Der Verfassungsschutz soll zwar nicht abgeschafft werden, aber immerhin wird das elende V-Leute-System beendet. Positiv ist zudem das Anliegen, die Gesellschaft offener und pluraler zu gestalten. So wird im Koalitionsvertrag explizit die Förderung von Lebensentwürfen jenseits der Hetero-Kleinfamilie erwähnt. Das sind vielleicht die kleinen, hoffnungsvollen Unterschiede zu einer CDU-Regierung.

P.J.: Was Geflüchtetenkämpfe angeht, hat sich die Koalition zwar eine Humanisierung von Abschiebungen vorgenommen und der aktuelle Winterabschiebestopp ist natürlich eine konkrete Verbesserung für die Betroffenen. Allerdings gab es diesen auch schon mal unter einem CDU-Innenminister. Unabhängig von der Überzeugung, dass keine Regierung einen Orientierungspunkt für emanzipatorische Bewegungen darstellen sollte, können wir nochmal konkreter hinsehen: Mit der SPD bekommt die Partei das Innenministerium, die bereits zwischen 1994 und 1999 den Innenminister stellte und somit den vom Verfassungsschutz

organisierten Aufbau des Thüringer Heimatschutzes und des NSU direkt verantwortet. DIE LINKE hat ihr Versprechen, diesen VS abzuschaffen, bereits in den Koalitionsverhandlungen an die SPD verkauft. Dieser VS, der Namenslisten von Antifas an Nazi-V-Männer weitergab und trotz der Kenntnis um einen geplanten Brandanschlag auf ein besetztes Haus in Erfurt untätig blieb, ist also weiterhin eine Gefahr für Leib und Leben. Der neue SPD-Landeschef Andreas Bausewein war als Erfurter Oberbürgermeister 2009 zudem für die Räumung des besetzten Topf-und-Söhne-Geländes verantwortlich und damit für die Misshandlung und Traumatisierung von Besetzern durch das mit Schussaffen agierende SEK.

Welche Befürchtungen habt ihr?

P.J.: Ich habe die Befürchtung, dass in linksradikalen Kreisen ein Trennungsschmerz von früheren Bündnispartnern aus Parteikreisen zu viel Zeit und Diskussionsraum einnehmen wird, statt die eigene Politik unbeirrt fortzuführen. Und es bleibt zu befürchten, dass die Ernüchterung über diese Koalition bei den nächsten Wahlen zu einem parlamentarischen Rechtsruck führt. Wir sollten nicht vergessen, dass die NPD bereits in einem Dutzend Kreistagen sitzt.

T.H.: Ein großes Problem ist, dass es in Thüringen keine wirkliche Bewegung gibt, die die Regierung unter Druck setzen könnte. In Thüringen ist alles relativ staatsfixiert. Ich befürchte, die Linkspartei wird alles dafür tun, um an der Regierung zu bleiben - und ziemlich

faule Kompromisse eingehen. In den nächsten Jahren werden die Mittel im Staatshaushalt weniger werden. Dann wird sicher auch die Linkspartei einen Sparkurs mittragen. Nicht unterschätzen dürfen wir zudem das antilinke Bündnis

von CDU und AfD. Wie aggressiv die CDU auf ihren Machtverlust reagiert, ist schon jetzt zu sehen: Es gab ja bereits Gespräche zwischen CDU und AfD. Ich denke, die Angriffe auf die gesamte Linke werden sich verstärken.

analyse & kritik, Nr. 600, 16.12.2014.

sagen sie, dass es nicht sein kann, dass die vielen verfolgten DDR-Oppositionellen totgeschwiegen werden und dass die linken Oppositionsbewegungen aus der DDR-Zeit am ehesten unser Bezugspunkt sein sollten. Nichtsdestotrotz halten sie fest: „Die Rote Hilfe ist eine strömungsübergreifende Organisation einer ausdifferenzierten Linken. Das finden wir richtig und wichtig. Zu dieser Linken gehören auch jene, die die bedingungslose Verteidigung des Herrschafts-Apparats des DDR-Staats als Programm hatten und teilweise noch haben.“

Aus diesen Stellungnahmen und der ganzen Geschichte können wir einiges über die RH lernen:

(1) Von Stalinist_innen bis Anarchist_innen ist alles dabei, was irgendwie als links gelten kann, also Menschen, die politisch im Grunde nichts gemeinsam haben.

(2) Die meisten Leute in der RH wollen offenbar einfach nur „unpolitisch“ ihre Arbeit machen: Geld sammeln, Strafverfolgte unterstützen, business as usual. Denn sonst hätte es ja wohl einige öffentliche Stellungnahmen von Ortsgruppen und sogar Austritte geben müssen. Es gibt also innerhalb der RH vielleicht eine Strömung, die staatskommunistische Ansichten ablehnt. Letzten Endes führt die „Einheit der Linken“ in der Einheitsorganisation der RH und der Fokus auf die Antirep-Arbeit vor Ort jedoch zu einer Toleranz dieser Ansichten. Sogar der kritische Beitrag der IL-Ortsgruppen sagt im Grunde: Klar gehören die Stasi-Schweine zu uns und in die Rote Hilfe. Das

bedeutet trotz aller Lippenbekenntnisse eine Entsolidarisierung mit all den antiautoritären Gruppierungen, die gegen den DDR-Staat gekämpft haben: Feministinnen, Schwule- und Lesben-Szene, Öko-Bewegung, Punks, Friedensbewegung, Anarchist_innen, ungehorsame Arbeiter_innen, Wehrdienstverweigerer und andere.

(3) Es gibt ja Repression gegen die verschiedensten Gruppen: Nazis, Fußballfans, Drogendealer_innen und -konsument_innen, Flüchtlinge, Schwarzfahrer_innen, politische Aktivist_innen, Stasi-Angehörige, ab und zu gegen einen korrupten Manager usw. Für die Rote Hilfe stellt sich dabei die Frage, wer davon links und damit unterstützungswürdig ist. Mit ihrem Statement, die DDR sei „in jeder Hinsicht ein Teil linker Geschichte“, hat sie sich mal wieder klar positioniert: Die RH protestiert vielleicht gegen den Verfassungsschutz, Polizeigewalt, die Abschottung Europas, das Massensterben im Mittelmeer und die Ausbeutung der Arbeiter_innen durch das Kapital. Wenn all das unter roten Fahnen stattfindet, ist das aber links und damit ok. D.h. Unterstützung für Stasi, prügelnde Vopos, die Mauer, Mauerschützen und Ausbeutung der Arbeiter_innen durch eine bürokratische Elite. Das betrifft jetzt vielleicht „nur“ die Vergangenheit und ist damit „halb so wild“. Aber es gibt ja noch heute die schlimmsten staatskommunistischen Gruppen. Die RH steht dahinter. Und falls es irgendwann wieder zu einem staatskommunistischen Projekt kommen sollte, kann das bestimmt wieder mit ihrer Unterstützung rechnen.

Und am Ende des Artikels: „Daher gehört ihnen, genauso wie allen anderen von Repression betroffenen fortschrittlichen Kämpfer_innen in anderen Regionen, Epochen oder Bewegungen, unsere Solidarität.“ Klar kann man analysieren, wie der BRD-Staat gegen die Funktionäre und Unterstützer_innen des DDR-Regimes vorgegangen ist. Aber das Redaktionskollektiv macht weit mehr. Es ruft zur Solidarität mit Minister_innen, Offizieren, der Stasi („Menschen, die [...] an [...] ihrem Schutz beteiligt waren), Entscheidungstragenden und Ausführenden, Funktionär_innen usw. auf. Es stellt sich hinter ein System, das auf der staatlichen Unterdrückung jeglicher Opposition und der staatlich organisierten Ausbeutung der Arbeiter_innen basierte und das zum Glück untergegangen ist, und hinter seine Täter_innen. Was nicht heißt, dass wir es heute besser finden – im Gegenteil!

Nach der Veröffentlichung wurde innerhalb, außerhalb und mit der Roten Hilfe runddiskutiert. Ausführliche öffentliche Diskussionsbeiträge hat es vor allem aus Dresden gegeben und zwar von der Rote-Hilfe-Ortsgruppe Dresden, dem Anarchist Black Cross (ABC) Dresden und der feministischen Gruppe e*vibes. In all diesen Beiträgen wurde klar gemacht, dass die DDR-Propaganda der RHZ absolut inakzeptabel ist.

Rote Hilfe, linke Einheit und die Toleranz staatskommunistischer Propaganda

Die Rote Hilfe Ortsgruppe Dresden machte sich im Folgenden um eine

Debatte innerhalb der Roten Hilfe stark, forderte eine Distanzierung vom Inhalt der Siegerjustiz-Ausgabe und schlug vor, eine Ausgabe der RHZ zum Thema Repression in der DDR zu gestalten. Von all dem wurde bis heute nichts erreicht.

Stattdessen veröffentlichte der Vorstand der Roten Hilfe am 3. Februar 2017 seinen Standpunkt zur Debatte und hat es damit im Grunde nur noch schlimmer gemacht. Kurz gefasst: Während der Diskussion zum Thema habe es im Vorstand von Ablehnung bis Begeisterung über den Themenschwerpunkt alle Haltungen gegeben. Das sei nicht verwunderlich, schließlich sei die RH eine „strömungsübergreifende Organisation“. Der Vorstand habe auch nicht vor, eine Meinung zum Thema zu entwickeln. Und er werde sich nicht vom Themenschwerpunkt distanzieren. Dann plötzlich: Die RH unterstütze „Gefangene und Kriminalisierte [...], wenn sie aufgrund ihres linken Selbstverständnisses angegriffen werden“. Man könne ja die DDR kritisieren, aber es gehe doch darum, „was im Vordergrund steht, wenn Genoss*innen aufgrund ihrer politischen Identität und ihrer Aktivitäten von der BRD-Justiz kriminalisiert werden“. Und zuletzt: Die DDR sei – so auch der Titel der Stellungnahme – „in jeder Hinsicht ein Teil linker Geschichte“.

Diese Stellungnahme wurde gemeinsam mit einem „zustimmenden“ und „ablehnden Leserbrief“ in der ersten RHZ-Ausgabe von 2017 abgedruckt. Der „ablehnende Leserbrief“ war von den drei Ostgruppen der Interventionistischen Linken verfasst worden. Darin

Bericht von der Besetzungsaktion des Jenaer Linkspartei-Büros gegen die Massenabschiebungen unter der Thüringer Linksregierung

Antirassist_innen aus Thüringen

Wir haben heute, am 11. Mai, von ca. 15:30 Uhr bis 18 Uhr aus zwei Gründen das Jenaer Parteibüro der Linken besetzt. Erstens wollten wir ein klares Zeichen gegen die Massenabschiebungen von Migrant_innen aus Thüringen und die deutsche Deportationskultur setzen. Jede Abschiebung ist ein Verbrechen und muss gestoppt werden. Zweitens wollten wir die Debatte über die Verwicklung der Linkspartei in die Abschiebemaschinerie und unser Verhältnis zu ihr anheizen. Die generelle Ablehnung von Abschiebungen darf keine Verhandlungsmasse im Koalitionsgeklügel sein.

Für uns ist klar: Die Linkspartei hat in Thüringen (und zahlreichen anderen Bundesländern) durch ihre Regierungsbildung die politische Entscheidung getroffen, die staatliche Abschiebemaschinerie zu verwalten und so neben Bullen, NGOs, Bürokratie etc. zu Mittäter_innen zu werden. Das trifft selbstverständlich auch für andere Parteien wie die Grünen und die SPD zu. Dennoch versuchen die Thüringer Linken immer noch mit Refugees-Welcome-Postern und über sinnfreies Gelaber das zu verschleiern, was doch so offensichtlich ist. Auch sie lassen abschieben. Auch sie unterteilen

durch ihre Politik „gute Kriegsflüchtlinge“ und „schlechte Wirtschaftsflüchtlinge.“ (Wie auch im ND-Online-Artikel zu unserer Besetzung, in dem am Ende darauf hingewiesen wird, wie sich die Linken für den Familiennachzug von Syrern stark machen.) Und auch sie schöpfen nicht einmal den Rahmen des Möglichen aus. Es gibt z.B. in Thüringen keinen Winterabschiebestop mehr wie noch zu Zeiten der CDU-Regierung. Damit haben die Linken schon lange eine rote Linie übertreten und können sich nicht länger über ihren angeblichen Kampf in den Institutionen und dessen Widersprüche rausreden. Das überrascht uns nicht weiter. Wer den Staat übernehmen will, übernimmt auch seine Logik und dazu gehört die Bevölkerungsverwaltung durch Deportation und Abschiebung. Wären die Leute in der Linkspartei tatsächlich Antirassist_innen, müssten sie die Koalition platzen lassen oder austreten.

Auch während der Besetzung haben Linke-Funktionäre und Parteimitglieder versucht, uns zuzulabern und sich rauszureden. Es hat eine Weile gedauert, ihnen klar zu machen, dass wir nicht gekommen sind, um mit ihnen zu sprechen und

in Dialog zu treten, sondern dass wir ihr Büro besetzt haben, um es mit unseren Inhalten zu füllen.

Während der Besetzungsaktion wurden 600 Flugblätter auf Deutsch und Englisch in der Innenstadt verteilt (siehe weiter unten) und eine Rhythms of Resistance / politische Samba-Gruppe spielte. Die RoR-Gruppe hat viel Aufmerksamkeit auf die Aktion gelenkt und dabei Slogans gerufen wie: „Gegen das deutsche Abschieberegime“ und „Auch die Linken bringen Menschen um, jeden Tag durch Abschiebung“.

16:30 Uhr haben wir im besetzten Büro eine Info-Veranstaltung durchgeführt. Es wurden Infos über die beteiligten Apparate und die Abschiebungen der letzten Monate durchgegeben, Leute haben von ihren persönlichen Erfahrungen und ihre Mitbetroffenheit gesprochen und wir haben über antirassistische Praxis und die Rolle und Mitschuld der Linkspartei gesprochen. Wir alle stehen vor der Frage, wie wir unsere Ohnmacht angesichts der überwältigenden Entwicklung (z.B. Sonder-Abschiebelager für Roma und Romnja in Bayern, die Verschleppung unserer Freund_innen) kollektiv überwinden können.

Nachdem wir die Info-Veranstaltung beendet hatten, verließen wir das Büro geschlossen und zogen als Spontan-Demo über die Johannis-Straße.

Es kamen schon zu Beginn der Besetzung relativ schnell Bullen (vermutlich vom Makler-Büro auf demselben Hausflur oder der Hausverwaltung gerufen) und Leute vom

ZEVD, dem Zentralen Ermittlungs- und Vollzugsdienst der Stadtverwaltung (sehen aus wie Securities und werden vom Ordnungsamt bei Ruhestörungen etc. geschickt). Die Bullen führten während der Aktion Personalienkontrollen im Umfeld des Büros durch, klauten das „Abschiebungen Stoppen“-Transpi, kontrollierten und filmten die Rhythms of Resistance-Gruppe nach der Aktion und stoppten und filmten die Spontandemonstration und lösten sie mit 4 Wannern voller Bullen auf.

Durch die Aktion haben wir die Stadt informiert, Aufmerksamkeit erregt, einige hitzige Debatten angestoßen und Leute dazu gezwungen, endlich klar Position zu beziehen. Letzten Endes war es natürlich bloß eine symbolische Aktion. Worauf es ankommt, ist der alltägliche gemeinsame Organisationsprozess von Migrant_innen und Unterstützer_innen. Abschiebungen können nur von einer selbstorganisierten und rebellischen Community der Migrant_innen verhindert werden und diese Community müssen wir unterstützen, indem wir die Isolation in den Lagern aufbrechen, die Menschen kennen lernen und den gemeinsamen Widerstand organisieren.

Wir dokumentieren hier noch einmal das Flugblatt auf Deutsch und Englisch, das in der Stadt verteilt wurde.

Abschließende Gedanken zur Siegerjustiz-Debatte um und mit der Roten Hilfe

vom ABC Jena

Im letzten halben Jahr wir die Debatte um die Ausgabe der Rote Hilfe Zeitung zum Thema „Siegerjustiz“ mitverfolgt und uns zumindest in Gesprächen in unserem Umfeld daran beteiligt. Jetzt ist die Folgeausgabe mit klarem politischen Statement seitens der Roten Hilfe raus und wir wollen dazu ein paar abschließende Gedanken festhalten.

Der RHZ-Schwerpunkt und die (fehlende) Debatte

Ende 2016 brachte die Rote Hilfe Zeitung (RHZ) den Themenschwerpunkt „Siegerjustiz – Verfolgung und Delegitimierung eines sozialistischen Versuchs seit 1990“ raus, d.h. zur Verfolgung von DDR-Loyalen und anderen Ostdeutschen durch die BRD-Justiz nach 1990. Darin wird die DDR als „ein sozialistischer Versuch“ (Titel) und „Teil unserer Geschichte, unserer Kämpfe um eine freie Gesellschaft“ (S. 25) beworben. In vielen Nebensätzen und Untertönen wird das Bild der DDR als eines letztendlich zwar gescheiterten, aber prinzipiell zu unterstützenden sozialistischen Staates beschworen. Weder gibt es also auch bloß Ansätze einer Analyse der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in der

staatskapitalistischen Diktatur DDR, noch wird die Verfolgung zahlreicher Freiheitsbewegungen durch den DDR-Staat erwähnt. Stattdessen kommen die Menschen-schinder zu Wort: Es wird eine dreiseitige Rede des Staatsführers Erich Honecker unkommentiert abgedruckt und zwei ehemaligen Stasi-Obersten Raum gegeben. Die zwei Autoren Klaus Eichner und Karl Rehbaum waren im Auslandsnachrichtendienst der DDR „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) des MfS tätig.

Und um dem Ganzen noch eins draufzusetzen, heißt es gleich zu Beginn des Leitartikels (S. 24): „Es begann eine regelrechte Hexenjagd auf ungezählte Menschen, die in der DDR lebten, für sie arbeiteten, an ihrem Aufbau oder ihrem Schutz beteiligt waren. Und sie hält bis heute an. Minister_innen, Offiziere, Werksleiter_innen, Lehrer_innen, kleine und kleinste Funktionär_innen, einfache Mitglieder vor allem der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), Entscheidungsstragende, Ausführende und Unbeteiligte wurden und werden juristisch, medial, diskursorisch, aber auch beispielsweise berufs- oder rentenrechtlich diffamiert, ausgegrenzt, gehetzt, angeklagt und manchmal auch verurteilt.“

kämpfen! Alle, die uns dabei unterstützen möchten, sind aufgerufen, mit selbstorganisiert und uns gemeinsam zu kämpfen!

*veröffentlicht am 1. März 2017 auf
<https://gefangenensolijena.noblogs.org/post/2017/03/01/wie-die-linkspartei-sich-hinter-paragraphen-versteckt-und-die-sozialen-bewegungen-am-ausgestreckten-arm-verhungern-lasst/>*

[Deutsch]

Wir haben soeben das Parteibüro der Linkspartei besetzt, um gegen die anhaltenden Massenabschiebungen von Migrant_innen aus Thüringen zu protestieren!

In regelmäßigen Abständen verschleppen deutsche Polizisten Menschen aus ihren Wohnungen oder aus den Lagern und Heimen, in denen sie festgehalten werden, stecken sie in Busse und bringen sie zum Leipziger Flughafen, von wo aus sie per Flugzeug deportiert werden. In jeder deutschen Stadt gibt es diese Lager und Heime, auch in Jena. Diese Verbrechen finden in unserer nächsten Nähe, unter unseren Augen statt! Die letzte Abschiebung aus Thüringen wurde am 21. April 2016 durchgeführt. 35 Menschen wurden in den Kosovo abgeschoben.

Wir haben heute aus zwei Gründen das Büro der Linkspartei besetzt. Erstens verwalten die Linken unter Ramelow seit 2014 den Thüringer Staat. Die Massenabschiebungen von Migrant_innen, die Repression in den Knästen, die Polizeigewalt gegen antifaschistische Proteste finden unter ihrer Regierung statt. Die Nazis brüllen „Ausländer raus“ und die Linkspartei setzt das um. Dafür haben sie die politische Verantwortung zu tragen. Zweitens behaupten viele Linkspartei-Mitglieder immer noch, sie seien Teil einer antirassistischen Partei und „setzten sich für die Flüchtlinge

ein“. Sie haben die Dreistigkeit, am 20. April mit Refugees-Welcome-Postern auf die Straße zu gehen und wortwörtlich am nächsten Tag abschieben zu lassen. Hier müssen wir einen klaren Trennstrich ziehen und sagen: Nur wer sich aktiv gegen die Abschiebung aller Migrant_innen einsetzt, kann Teil einer antirassistischen Bewegung sein.

In einer Zeit, in der Deutschland wieder Lager baut, um Roma, Romnja und andere Migrant_innen dort einzusperren, in einer Zeit, in der linke Parteien Massenabschiebungen durchführen lassen, erklären wir unsere ungebrochene Solidarität mit allen Migrant_innen! Wir stellen uns auf ihre Seite, gegen diesen Staat und gegen seine linke Regierung.

Und wir fordern nichts weniger als die Schließung aller Lager und ein sofortiges Ende aller Abschiebungen! Bis das nicht passiert, rechnet mit unserem Widerstand!

Kommt alle um 16:30 Uhr ins besetzte Linkspartei-Büro zu unserer Infoveranstaltung! Wir wollen über die Abschiebemaschinerie und die Kämpfe der Migrant_innen gegen die deutsche Deportationskultur informieren und diskutieren.

*veröffentlicht am 11. Mai 2016 unter
<https://linksunten.indymedia.org/de/node/178706>*

Warum ich kein Freund der IL bin

von Kevin

Die Interventionistische Linke (IL) ist eine der dominierenden Strömungen der deutschen (radikalen) Linken. Auch in Jena ist sie Thema: Die Jeaner Undogmatische Radikale Initiative (JURI) war bis 2014 IL-Mitglied, Leute von hier haben an großen IL-Kampagnen teilgenommen (Castor Schottern 2010, Blockupy 2012-2014, Ende Gelände 2015 und 2016), sind zu ihren Gipfeln gefahren (Antifa in der Krise 2014, Strategiekonferenz 2016), IL-Mitglieder sind zum Studium nach Jena gezogen, ganz um die Ecke, in Leipzig, gibt es eine aktive IL-Gruppe.

Kurze Geschichte der IL

Die Interventionistische Linke ist ein Zusammenschluss „postautonomer“ Gruppen, d.h. von Gruppen, die sich oft aus der historischen (80er Jahre) oder aktuellen autonomen Szene herausentwickelt haben und sich kritisch von ihr abgrenzen. Sie ist im Kontext der Alterglobalisierungsbewegung entstanden, deren Hauptpraxis darin bestand, zu großen zwischenstaatlichen Gipfeln Treffen Gegenproteste zu organisieren. Nach dem Kölner Anti-G8-Gipfel von 1999 kam es zu jährlichen „Beratungstreffen“ (die erste Phase), in deren Verlauf sich die Gruppen fanden, die 2004 eine größere Aktionskonferenz organisieren. Hier wurde entschieden, zum Jahreswechsel 2004-2005 die Interventionistische Linke zu gründen (zweite Phase) und zu den Protesten gegen den G8-Gipfel von Rostock-Heiligendamm 2007 zu mobilisieren. Die Gruppen, die sich darin wiederfanden, waren zu dem Zeitpunkt ziemlich heterogen und verschieden. Seitdem hat sich die IL von Konferenz zu Konferenz und von Großkampagne zu Großkampagne gehandelt und stark zentralisiert. Im Zwischenstandspapier von 2014 wird die IL von einem Bündnis zu

einer Organisation (dritte Phase), alle Gruppen müssen den gleichen Namen annehmen, Hauptmitgliedschaft aller Beteiligten muss die IL sein.

Ich will im folgenden ein paar meiner Kritikpunkte an der IL erklären. Sie beziehen sich vor allem auf die Dinge, die das bundesweite IL-Projekt von anderen unterscheiden. Das kann bei den jeweiligen Ortsgruppen sicher unterschiedlich aussehen und das können Einzelmitglieder sicher anders sehen. Es geht mir nicht darum, die niederzumachen, sondern im Kontext laufender Diskussionen über die IL eine kritische Gegenperspektive auf das Gesamtprojekt stark zu machen.

1. Strukturelle Verflechtung mit den Staatsapparaten

Die IL ist über Doppelmitgliedschaften, enge Beziehungen, Bündnisse und Entrismus (1) strukturell mit den verschiedensten Staatsapparaten verflochten - der Linkspartei, den linken Stiftungen, gewissen NGOs, korporatistischen Gewerkschaften etc. Viele IL-ler_innen haben in solchen Apparaten großartige Karrieren hingelegt. Es ist kein Geheimnis, dass sich Einige in Thüringen bei der Regierungslinken haben anstellen lassen und auf Podien lieber über die großartigen Errungenschaften der Linkspartei und des „roten Thüringen“ sprechen als über die Massenabschiebungen, die Repression im Knast, die Bullenrepression usw. usf. Siehe die Strategiekonferenz der IL vom April 2016. Das wird auch ideologisch und programmatisch gerechtfertigt. Mit Gramsci und Poulantzas können IL-Leute einem_r ganz toll erklären, warum das eine revolutionäre Strategie ist: „den herrschenden Diskurs verschleiben“, „die Widersprüche in den Apparaten ausnutzen“... Die IL sagt so ganz offen, dass

rhin wurden knapp 50 Seiten Rechtstexte angehängen.

Um es kurz zu machen: Wir haben das eingefordert, was die Linkspartei versprochen hat, nämlich die Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern. Im Gegensatz zu der Forderung nach Mindestlohn oder Sozialversicherung ziehen Mitgliederversammlungen und freier Postverkehr keinerlei Kosten nach sich, ein kleiner Verwaltungsakt würde reichen. (Mal ganz abgesehen davon, dass auch die Mindestentlohnung und soziale Absicherung von ca. 1700 Häftlingen in Thüringen definitiv im Bereich des Möglichen ist). Doch nicht einmal das bekommt die Linkspartei hin. Stattdessen versteckt gerade sie, die als Regierungspartei Thüringens die Gesetze ändern könnte - denn der Strafvollzug ist Ländersache! - sich hinter den Gesetzen. Mal ganz abgesehen davon, dass die Thüringer Linke so ihren eigenen Bundesbeschluss missachtet und bricht, zeigt sie so, wie „bewegungsnah“ sie tatsächlich ist.

Aus der ganzen Affäre konnten wir noch etwas über die Linkspartei lernen. Die ältere Funktionärsriege, mit der wir Kontakt hatten, sind alte Apparatschiks aus der DDR-Justiz und -Polizei und setzten ihre Karrieren nach der Wende fort. MdL Rainer Kräuter war ab 1984 Leutnant der Volkspolizei, verblieb bis 2014 im Polizeidienst und ist bis heute Aktivist der Gewerkschaft der Polizei (GdP). MdL Iris Martin-Gehl war von 1984 bis 1986 Richterin am Kreisgericht Leipzig und von 2000 bis 2015 Mitglied des Thüringischen Verfassungsgerichts. Sie gehörten und gehören also genau den Appa-

raten an, die damals wie heute die Zwangsarbeit der Gefangenen mitzuverantworten haben. Die nachkommende jüngere Riege besteht aus Parteikarrieristen, die in den Jugendstrukturen der Linkspartei hochgezogen wurden, oder arbeitslosen bzw. prekären Sozialwissenschaftlern. Der Wahlkreismitarbeiter von Rainer Kräuter, Johannes Häfke war jahrelanges Mitglied von Solid, während der wissenschaftliche Mitarbeiter Jens Schley von Beruf freier Historiker ist.

Weder die einen noch die anderen Opportunist_innen haben uns als Gefangenen-Gewerkschaft ernsthaft und ehrlich unterstützt. Sie reagieren auf unsere Forderungen durch Verweise auf Länder- und Bundesgesetze - sie „tun nur ihre Pflicht“ oder „führen Gesetzesbefehle aus“, scheinen sie so sagen zu wollen - und wollen uns so ruhigstellen. Das ist im Grunde keine Überraschung, sondern verweist auf die Rolle, die alle Parteien erfüllen: die staatlich-bürokratische Verwaltung der gesellschaftlichen Konflikte, nicht ihre solidarische Unterstützung. Während man sich in der Opposition noch als Bewegungspartei aufspielen kann, ist man als Regierungspartei offensichtlich dazu gezwungen, sich Staatsräson und patriotische Standortlogik zu eigen zu machen und das schließt die Entrechtung und Ausbeutung in Gefängnissen zwecks allgemeiner Unterwanderung der Sozialstandards und Arbeitsbedingungen ein. Wir aber lassen das mit uns nicht machen und werden weiter für die Würde und Rechte der Zwangsarbeiter_innen in den thüringischen und bundesdeutschen Haftanstalten

Wie die Linkspartei sich hinter Paragraphen versteckt und die sozialen Bewegungen am ausgestreckten Arm verhungern lässt...

Nach dem offenen Brief der Gefangenen-Gewerkschaft an die Thüringer Linkspartei - von der GG/BO-Soligruppe Jena

Am 12. Dezember 2016 veröffentlichten wir unseren offenen Brief an Dr. Iris Martin-Gehl, die justizpolitische Sprecherin der Linkspartei-Fraktion, d.h. der thüringischen Regierungspartei. Darin forderten wir ein Ende der Postzensur und die Möglichkeit zu gefangenengewerkschaftlichen Versammlungen in den JVA. Schließlich hat die Linkspartei einen Bundesbeschluss vom letzten Herbst, in dem sie sich zur Unterstützung der Forderungen der Gefangenen-Gewerkschaft auf allen (!) Ebenen verpflichtet. Darin heißt es unter der Überschrift „Gewerkschaftsfreie Zonen abschaffen – Unmündigkeit überwinden!“: „Die Partei DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit der GG/BO und unterstützt ihre Bestrebungen auf volle Gewerkschaftsanerkennung.“

Der Brief wurde zunächst ignoriert. Erst nach einer Presseanfrage des Journalisten Peter Nowak sah sich Frau Martin-Gehl offenbar genötigt, der Presse und uns eine Antwort zu zukommen zu lassen. Der entsprechende Artikel ist hier nachzulesen. Die Antwort wurde vom Wissen-

schaftlichen Mitarbeiter Jens Schley verfasst. Er verweist darin zunächst auf ein Schreiben des Linkspartei-MdL Rainer Kräuter, auf das wir weiter unten eingehen werden. Im Folgenden kontert er unsere politischen Forderungen mit Verweisen auf das geltende Recht und Bundesgesetze und mit der mehrfachen Feststellung, dass die Situation innerhalb der Linkspartei diskutiert werde und es da „heterogene Standpunkte“ gäbe. Weiterhin meint er, eine Gefangenen-Gewerkschaft sei im Gesetz nicht vorgesehen, stattdessen gäbe es die Gefangenenmitverantwortung (GMV). In Reaktion auf unsere Forderung nach Taten verspricht er einen weiteren „Diskussionsprozess“.

Das oben erwähnte Schreiben von MdL Rainer Kräuter hatte sein Wahlkreismitarbeiter Johannes Häfke vor einem Jahr, am 25. Februar 2016, dem damaligen GG-Sprecher in der JVA Untermaßfeld, David Hahn, zukommen lassen. Auch hier werden Fragen in Bezug auf die Lage der inhaftierten Arbeiter_innen allein mit Verweisen auf die Rechtslage beantwortet. Weite-

sie Bindeglied zwischen Staat/Regierung/Partei und Bewegung sein und eine große Mosaiklinie einen will. Dadurch verwischen sie Konfliktlinien zwischen Antiautoritären und Staatslinken und zwischen der Bewegung und dem Staat, deeskalieren den Kampf gegen die staatlich-bürokratische Verwaltung unserer Leben und unserer Kämpfe, unterwandern die Autonomie der Bewegung und tragen zu ihrer dauerhaften Wiedereinbindung und Domestizierung bei. Um etwaigen Vorwürfen vorzubeugen. Ja, der Staat ist ein soziales Verhältnis und nicht nur die Regierung. Und ja, es gibt kein außerhalb des Staats und wir stecken alle mit drin. Aber diese Erkenntnis darf nicht zu einer „Anything goes“-Mentalität führen. Als Teil des gesellschaftlichen Verhältnisses Staat gegen diesen kämpfen, heißt dann, sowohl diese Verstrickung zu reflektieren und neue Beziehungen zueinander aufzubauen, die nicht staatlich vermittelt sind, als auch sich der Einbindung in die Staatsapparate zu verweigern.

2. Kampagnen auf der zentralen politischen Bühne

Ziel der IL ist es, eine vom politischen Establishment und den Medien anerkannte und respektierte politische Kraft zu werden. Deswegen setzt sie auf Pressearbeit (Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Medien) und große medienwirksame Kampagnen. Die bekanntesten Großkampagnen sind bundesweit, aber teilweise werden auch lokale Projekte nach dem Kampagnen-Modell gestaltet. Darüber wird eine soziale Bewegung simuliert, die es so in den Vierteln, am Arbeitsplatz, in den sozialen Kämpfen (sprich: in unserer alltäglichen Lebenswirklichkeit) nicht gibt. Der Effekt: Wir toben uns ein paar Mal im Jahr bei Großkampagnen aus und machen uns so vor, wir seien eine schlagkräftige Bewegung. Das hilft weder den bereits laufenden lokalen Kämpfen, noch kommen wir dazu, in der Alltagserfahrung der Menschen um uns herum präsent zu sein, lokal verankerte Strukturen aufzubauen und gemeinsam mit ihnen neue Kämpfe

anzustoßen (z.B. eine autonome Studierendenbewegung, ein Bündnis prekärer Minijobber_innen, Mieter_innenproteste, ...). Und wovor fürchtet sich das Kapital wohl eher – vor einer Großdemo mit bunten Regenschirmen oder vor Menschen, die in all ihren Lebensbereichen (auf Arbeit, als Mieter_innen, im Heim etc.) gemeinsam dickköpfig Tag für Tag für ihre Interessen und Bedürfnisse kämpfen?

3. Taktieren

In der IL ist die Idee sehr weit verbreitet, „strategisch“ auf ein gewissen Endziel hinzuarbeiten. Diese „Strategie“ wird oft zum Vorwand für taktische Manöver, die den radikalen Anspruch der IL selbst ad absurdum führen. Zum Beispiel: Die IL will „an die Massen ran“, will viele Leute organisieren. Welche Taktiken werden dafür angewandt? Die Leugnung der eigenen politischen Identität, die Entradikalisierung des Bewegungsdiskurses, Allianzen mit Teilen der Herrschaftsapparate (Linkspartei, NGOs), die Wiedereinführung eines pazifistischen „Konsens“ in die Auseinandersetzungen. Das war zuletzt gut bei der Leipziger Kampagne für ein Social Center for All (SC4A) zu sehen. Text und Mobi blieben alle ganz brav, die Aktionen rein symbolisch, am Ende wurde dem Oberbürgermeister sogar ein Kuchen zu seinem Geburtstag gebacken. Kein Wunder, dass viele Anarchos und Antifas im Verlauf frustriert abgesprungen sind. Auf diese Art und Weise lassen sich sicher einige Dinge erreichen. Das Ergebnis ist dann aber bereits domestiziert und eingebunden.

4. Bürokratismus

Keine Organisation ist vor ihrer eigenen Bürokratisierung gefeit. In der FAU ist das z.B. eine ganz starke Tendenz. Aber die IL ist da ein Musterbeispiel. Es gibt tausend Kongresse, Delegiertentreffen, Abstimmverfahren, Boards, Kader etc. Wo liegt das Problem? Über die Bürokratisierung hält eine staatliche Logik Einzug in die Bewegung, die Logik der Bevölkerungsverwaltung und des Funktionärs. Dann zählen nicht mehr die

Beziehungen, die wir untereinander aufbauen, sondern dann zählen Zahlen und technische Verfahren, dann werden wir selbst zu Zahlen und müssen in diesen Verfahren bestehen. Zweitens bildet sich ein bürokratischer Apparat heraus, der über kurz oder lang eigene Interessen entwickelt. Sein Hauptinteresse: der Selbsterhalt. Wenn man einmal wie die IL so straffe überregionale bürokratische Strukturen aufgebaut hat, werden diese ganz logisch weitere überregionale Kampagnen und Events (siehe Punkt 2) anstoßen, um ihre eigene Existenz zu rechtfertigen. Und drittens frisst dieser Apparat massig Ressourcen der jeweiligen Gruppe, die in den lokalen Auseinandersetzungen dann fehlen. Klar braucht es überregionale und internationale Vernetzung. Aber nicht, um ein bundesweites Corporate Design bekannt zu machen (IL), sondern damit die, die bei sich vor Ort Bewegungsstrukturen aufbauen und aufrecht erhalten und sich in Kämpfe und Auseinandersetzungen einbringen, untereinander austauschen,

voneinander lernen und gegebenenfalls gegenseitig unterstützen. Und dafür reicht eine lose Vernetzung.

5. Organisationspatriotismus

Mit Organisationspatriotismus meine ich zum einen das mit dem Zwischenstandspapier etablierte Prinzip, dass wenn du in der IL bist, sie deine Hauptorganisation zu sein hat. Klar darfst du in anderen Gruppen mitmachen, aber letzten Endes hast du dich mit der IL zu identifizieren und den größten Teil deiner Arbeit bei ihr reinzustecken. Ob dieses Prinzip (bisher) durchgesetzt wird, kann ich nicht sagen. Zweitens meine ich damit eine Einstellung, die ich sicher auch von Leuten z.B. von der FAU kenne, die mir aber oft bei IL-Leuten aufstößt. Ich habe manchmal den Eindruck, dass sie sich in die Kämpfe auf eine Art einbringen, die in erster Linie darauf zielt, die eigene Organisation bekannter zu machen und möglichst viele Leute für sie zu rekrutieren. Ich glaube, die Motivation für einige Projekte besteht

an jene verteilen, denen nicht nur politisch überall Raum genommen wird, sondern deren physische Präsenz auch permanent mit rassistischen Kontrollen und Abschiebungen bekämpft wird.

Antirassismus ist keine Standortkampagne - Emanzipation und Selbstorganisation sind bewusste, solidarische Antworten

veröffentlicht am 17. Januar 2017 auf
<http://sabotnik.blogspot.de/2017/01/17/erklaerung-zum-oeffentlichen-heraustrennen-von-logos-aus-einem-refugees-welcome-banner/>



Nach monatelangen Vorbereitungen gab es 2013 eine zweite symbolische Großdemo unter dem Namen Blockupy in Frankfurt/Main. Dabei kam die IL auf eine großartige Idee: "Let's choose Communism" - natürlich ohne weitere Beschreibung. Da haben die Genoss_innen ja ein ganz neues und historisch vollkommen unschuldiges Konzept gefunden. Meinen sie, es merkt keiner, nur weil's in Englisch ist?

tischem Habitus solltet ihr euch zuallererst einmal dazu verhalten, dass eure GdP es war, die rund 600.000€ Straf-, Prozess- und Anwaltskosten des Dessauer Dienstgruppenführers komplett trug, der wegen seiner Mitverantwortung für den Feuertod Oury Jallohs am 7.1.2005 in einer Polizeizelle verurteilt wurde. Und für eure Verflechtungen mit der Sozialdemokratie bzw. Wortführern wie einem Denny Möller: Euer Oberbürgermeister Bausewein hatte schon kein Problem damit, das besetzte Haus militärisch räumen zu lassen und danach den dort autonom und gegen den Widerstand der Täter*innen schützenden Erfurter Geschichtsschreibung errichteten Gedenkort Topf&Söhne für eine Imagekampagne der Stadt zu vereinnahmen. Er machte sich auch konsequenterweise in einem offenen Brief vom 26.8.2015, die Forderungen des pogromfreudigen Volksmobs zu eigen, indem er mit direktem Bezug zu Heidenau forderte, Kinder von Geflüchteten aus Erfurter Schulen zu nehmen und schneller abzuschieben. Umgesetzt wurde dies tatsächlich auch in Erfurt schon lange vorher, u.a. im April 2014, als Riana und Elmedina vormittags von der Polizei aus dem Unterricht heraus verschleppt und mit ihrer zeitgleich verhafteten Mutter Elvira abgeschoben wurden. Ohne jegliche Vorankündigung und am Internationalen Tag der Roma.

Wo war zu all diesen Ereignissen der Skandal für euch? Hat das irgendeine Konsequenz für all die, die in der Landespolizeiinspektion, im Rathaus oder Landtag ebenso ein- und ausgehen wie im Filler?

Oder kommt ihr nur nicht dazu, weil ihr abgeschnittenen Kunststoff-fetzen hinterherjagt?

Was ihr als Gewerkschaftsjugend könntet tun

Hört den Geflüchteten zu, lernt aus ihren Kämpfen und von ihrer Solidarität. Selbstorganisation ist keine Alternativlosigkeit der armen nicht-Partei-/Gewerkschaftsmitglieder, sondern eine bewusste Entscheidung, Kämpfe für alle und mit allen zu führen. Ihr könntet weiterhin die Polizeigewerkschaft unmittelbar aus euren Räumen und Zusammenhängen schmeißen. Jeder soziale Kampf wird, sobald er relevant genug aufgestellt ist, mithilfe der Polizei niedergeknüppelt. Und auch unabhängig von dieser grundsätzlichen, offensichtlichen Erkenntnis liefert die GdP im Besonderen tagtäglich neue gute Gründe. Ihr proklamiert zum 1. Mai «Wir sind nicht Volk, wir sind Klasse»? Dann geht auch den Schritt weiter und hört auf jene zu sein, die entweder den Kopf hinhalten oder bei der ersten Gelegenheit aufsteigen um nach unten zu treten. Darüber hinaus könntet ihr alle Kassen, Fördertöpfe und Materialbestände, die euch zur Verfügung stehen, gnadenlos plündern und zusammen mit eurem Wissen über politische Herrschaftsstrukturen und Einzelfunktionär*innen, über Öffentlichkeitsarbeit oder über Rechtliches in den Dienst selbstorganisierter Bewegungen (und damit euch selber) stellen. U.a. Roma Thüringen bietet sich für sowas schon seit Jahren an. Den Schlüssel fürs Filler solltet ihr im selben Zuge mehrfach nachmachen lassen und

teilweise nicht so sehr in deren Mehrwert, sondern in der Werbung und Rekrutierung für die Organisation. Ich finde, das kann sehr schnell in ganz klassische Vorfeld-Politik umschlagen.

6. Klassenkampf

Die IL ist ein super Beispiel für den Mainstream der postautonomen Linken, die Anfang der 90er eine Selbstkritik am patriarchalen, kolonialen und ökonomistischen Klassen-Konzept der Zeit geübt haben, um den Klassenkampf anschließend vollends zu entsorgen. Der Antikapitalismus der IL ist dann meistens eine hohle Phrase (Let's fight capitalism!), aber keine Alltagspraxis. Welche Alltagspraxis? Z.B. Selbstorganisation als Arbeiter_innen in basisgewerkschaftlichen Strukturen, das Führen von eigenen Arbeitskämpfen in der eigenen Lebenswirklichkeit, eine Verweigerung der Einbindung durch die Apparate, die uns als Arbeiter_innen mitverwalten. Das soll nicht heißen, dass Arbeitskampf DAS Kampffeld ist, aber doch zumindest EIN Kampffeld. Stattdessen wird oft Stellvertreter- oder Unterstützer_innen-Politik gemacht. Für Geflüchtete, für die Mieter_innen und andere. Es ist wichtig, die Kämpfe Anderer zu unterstützen, aber ich denke, wir können erst dann verlässliche Verbündete sein, wenn wir unsere eigenen Erfahrungen im Kampf gegen die Verhältnisse gemacht haben, die genau uns betreffen. Denn dann läuft die Zusammenarbeit nicht mehr auf die Unterstützung der Einen durch die Anderen heraus, sondern auf einen gemeinsamen Kampf und die gegenseitige Unterstützung von Leuten, die alle auch ihre eigenen Kämpfe führen.

(1) Entrismus bezeichnet die ursprünglich von Trotzlisten ab den 1920ern angewandte Strategie, in reformistische Organisationen reinzugehen, um in diesen zu wirken, zu rekrutieren, um sich vor Repression zu schützen und um eventuell sogar den Gesamtkurs dieser Organisationen zu beeinflussen.

Und nun?

Für die IL ist Politik Machtpolitik. Es geht darum, durch Beziehungen und Kontakte zu den richtigen Leuten, durch die Besetzung von Machtpositionen, durch die Präsenz in der Berichterstattung der Medien, durch die Mobilisierung vieler Leute Einflusshebelchen zu bedienen und so „Brüche zu erzeugen“, die am nächsten Tag schon wieder verpufft sind. Aber es sind die Beziehungen, die wir in unserem Alltag und bei uns vor Ort untereinander und zu anderen Menschen aufbauen, in denen das revolutionäre Potenzial steckt. Beziehungen der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe, des Vertrauens und des gemeinsamen Kampfes, die wir sowohl in politischen Gruppen (basierend auf einer gemeinsamen politischen Identität) als auch in konkreten Initiativen (basierend auf der gemeinsamen gesellschaftlichen Lage im sozialen Krieg) entwickeln können und sollten. Und diese Beziehungen, die autonomen Strukturen und Kämpfe, die aus ihnen resultieren, lassen sich nicht durch eine strategisch geplante überregionale Kampagne und tolle Mobilisierung erreichen, sondern nur durch die jahrelange Aktivität von uns in den gesellschaftlichen Bereichen und Verhältnissen, in der gesellschaftlichen Lage, in denen wir selbst mitdrinstecken – in unserem Stadtteil oder Dorf, an unserer Schule oder Uni, an unserem Arbeitsplatz, als Frauengruppe, Arbeiter_innen-Initiative oder migrantische Gruppe etc. Und mit dieser Ansicht stehen wir als Anarchist_innen gar nicht alleine da. Diese Ansicht wird teilweise noch viel stärker als von uns von radikalen Feminist_innen oder von selbstorganisierten Migrant_innen vertreten.

Ballstädt-Verfahren: Tatort im Landgericht? Antifas im Zuschauer*innenmodus

von einem Genossen

Seitdem im Erfurter Landgericht 15 Nazis wegen eines Überfalls auf die Kirmesgesellschaft von Ballstädt nahe Gotha auf der Anklagebank sitzen, verfolgen Presse, Beratungsstellen, aber auch linke Aktivist*innen und Antifaschist*innen den Prozess mit Interesse. Es gibt bereits eine regelrechte Gerichts-Routine, in der sich Letztgenannte ebenso gut eingerichtet zu haben scheinen wie die angeklagten Nazis. Nachdem u.a. in den Ausgaben #10¹ und #12² der Lirabelle der „Unterhaltungswert“ des Prozesses thematisiert und nützliche Aspekte der Verhandlung für antifaschistische Recherche benannt wurden, sollen hiermit einige Deutungen des Ballstädt-Spektakels und ohnmächtig zuschauender Antifaschist*innen kritisch betrachtet werden.

Der Überfall

Den 15 angeklagten Thüringer Nazis wird schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und Raub vorgeworfen. Dem vorangegangen war ein Überfall auf eine Feier der Kirmesgesellschaft von Ballstädt, einem Dorf nahe Gotha, bei dem im Februar 2014 der Saal verwüstet und mehrere Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Die Nazis vermuteten unter den Feiernden Mitglieder des örtlichen Bürger*innenbündnisses Ballstädter Allianz gegen Rechts. Dass trotz der vermummten TäterInnen³ überhaupt so viele Verdächtige ermittelt wurden, liegt am dilettantischen Vorgehen der Nazis, die sich per Handy verabredeten, bei der Anfahrt blitzen ließen und es unterließen, Beweismittel aus ihrem „gelben Haus“ verschwinden zu

lassen.⁴ Zum Anderen liegt es an der fehlenden kameradschaftlichen Solidarität, da u.a. Thomas Wagner und Tim Heerlein Aussagen gegenüber der KriPo und der Staatsanwaltschaft machten.

Die gleichmachende Routine im Landgericht

Nach einem halben Jahr Hauptverhandlung herrscht eine unheimliche Routine im Landgericht; Die Abläufe sind eingeübt: Der antifaschistische Teil der Zuschauer*innen stellt sich meist eine halbe Stunde vor Eintreffen der Nazis an der BFE-Kontrollstelle an, lässt Adressen notieren, Ausweise einkassieren, sich von mind. zwei Beamt*innen die Hände an die Wand drücken, die Beine auseinander ziehen und derart fixiert einer äußerst unangenehmen Leibbesuchung unterziehen, die das Abtasten von Intimbereichen miteinschließt. In den Verhandlungspausen verlassen geordnet erst die Nazis samt Verteidiger*innen den Saal, dann die BesucherInnen „rechts“ und zuletzt die Besucher*innen „links“, um zusammen eine Rauch- und Plauderpause vor dem Gebäude einzulegen. Das unheimliche Verschwimmen der Feindschaften innerhalb des gleichmachenden repressiven Gefüges des Landgerichts zeigt sich dabei an Nazis, die Antifas aus wohlherzogenem Reflex auch mal eine Tür aufhalten; oder auch jüngst an der Dummheit eines Thomas Wagner, dem Oberstaatsanwalt Kästner-Hengst, möglicherweise auf die autoritäre Idiotie eines Nazis spekulierend, während des kollektiven Rauchens eine belastende Aussage über eine zuvor im Prozess thematisierte Rolle des Angeklagten Stefan Fahrenbach entlockte,

unterwirft. Dass ich die dazugehörige Aktion mit einer Werbung für die Break Deportation-Veranstaltung am 17.12.2016 verband, war ebenfalls meine Entscheidung, die ich inhaltlich passend fand. Das Filler scheint dazu genausowenig eine Meinung zu haben wie der Möller. Für einen Sozialdemokraten (ob in der SPD oder der Linkspartei) ist das allerdings auch nur konsequent: Wer Geflüchtete jagen lässt, muss auch Antirassist*innen jagen. Wie es in der Demokratie eben üblich – weil möglich – ist, werden alle anderen Verfahrens-, Macht- und Gewaltmittel ausgeschöpft, um inhaltliche Auseinandersetzung und offene Kritik zu vermeiden. Der Möller (eigener Slogan: «lebendiges Erfurt. Sozial und Solidarisch») will einem wegen eines länger begründeten, offen vollzogenen Scherenschnitts direkt die uniformierten Schläger* und Mörder*innen auf den Hals hetzen. Das Filler wiederum nutzt die Kontrolle über «ihre» Räumlichkeiten und versuchte, per angedrohter Absage das Break Deportation Netzwerk zu erpressen, den «Täter» vorzuschieben und ihn zudem von der kommenden Veranstaltung selber auszuschließen.

Für grenzenlose Solidarität mit der Stadt Erfurt und ihrer Gewalt

Wenn Verantwortliche vom Filler, dort ansässige Gruppen oder andere Gruppen ein Problem damit haben, die «Willkommens»-Maske vor ihren tatsächlichen Gesichtern des «Mitmachen ist alles – Ausbeutung, Armut, Abschiebungen und Polizeigewalt gehören halt dazu» in Form des kleinen kos-

metischen Eingriffs am Banner heruntergerissen bekommen zu haben, dann sei festgehalten: Es wurde aus einem Banner eine Ecke rausgeschnitten. Das Banner haben irgendwelche übervollen Fördertöpfe aus Staatsgeldern bezahlt. Die Aktion wurde völlig offen vollzogen und dazu noch erläutert. Es gab in den Stunden nach der Aktion nicht eine Person, die die Diskussion gesucht hat. Der Einzige, der sich überhaupt ablehnend äußerte, hatte noch nicht einmal Argumente, sondern wollte mich eigentlich der Polizei ausliefern.

Wenn ihr damit ein Problem habt und das Break Deportation Netzwerk bzw. Roma Thüringen nicht nur weiterhin mit ihren Kämpfen alleine lasst wie zuvor, sondern ihnen nun aktiv Räume entzieht und sie bekämpft, dann steht wenigstens öffentlich dazu, dass ihr FÜR die ganze tägliche Gewalt seid und für deren Funktionär*innen und Banner mehr Solidarität habt, als für alle, die sich im Kampf um ihr Leben selbst organisieren. Denn: Eine der Stammgruppen im Filler ist die Junge Gruppe, die Jugendgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Wer seinen Lebensunterhalt mit dem Vollzug der alltäglichen, tödlichen Gewalt verdienen will, ist euch der liebere Partner als Geflüchtete und Antirassist*innen, die für ein gutes, selbstbestimmtes Leben für alle kämpfen? Jeder abgeschobene Mensch, jede*r verprügelte Demonstrant*in, jede*r verknastete Diebin oder jede*r erschossene Zwangsgeräumte (Erfurt, Dezember 2015) ist euch weniger ein Problem als ein gestutztes Stück Kunststoff? Als Gewerkschafter*innen mit antirassis-

Warum ich das «Refugees Welcome»-Banner im Filler (Erfurt) beschnitten habe

Was ist passiert?

Bei einem Solikonzert für «Watch the Med» am 3.12.2016 im Filler hing als Bühnenhintergrund ein riesiges Banner «Refugees Welcome». In einer Ecke des Banners waren die Logos von «LAP», «DenkBunt» und «Stadt Erfurt» abgedruckt, offensichtlich die Geldgeber. Bevor Refpolk und Daisy Chain ihren Auftritt begannen, ging ich auf die Bühne und machte eine Ansage. In dieser wies ich auf die kommende Break Deportation Soliveranstaltung am 17.12.2016 hin. Nachdem ich zudem auf die anhaltenden Abschiebungen, gleich welcher Regierung, und den marginalisierten Widerstand dagegen hinwies, nahm ich Bezug auf das Banner. Ich erklärte u.a. dass es widersprüchlich und unerträglich sei, auf einer solchen Soliveranstaltung die Stadt Erfurt mit «Refugees Welcome» für sich werben zu lassen, da sie oft genug das Gegenteil bewiesen hatte. Dann nahm ich eine Schere, schnitt die betreffende Ecke mit den Logos aus dem Banner und verließ die Bühne. Ich blieb noch weitere vier Stunden auf der Party und wurde ein einziges Mal von jemandem angesprochen, der die Aktion falsch fand. Das war Denny Möller, SPD-Stadtrat und Ver.di-Vorsitzender Mittelthüringen. Er hatte keine Meinung zu der Aktion,

sondern wollte schlicht meinen Namen wissen, um mich wegen Sachbeschädigung anzuzeigen.

Nachgang

Wenn sich jetzt im Nachgang Filler-Aktive oder -Amtsträger*innen an der Aktion stören, dann können sie zunächst von Folgendem ausgehen: Das Break Deportation-Netzwerk ist ein selbstorganisiertes Netzwerk (anders als der DGB oder eine Partei mit Funktionär*innen und dem Ziel, in der Verwaltung des Elends gelegentlich mitspielen zu dürfen), in dem sich Menschen auf verschiedene Weise organisieren, um Abschiebungen zu bekämpfen. Ich habe am 3.12.2016 entschieden, dass ich im Namen des Antirassismus den Standortkampagnen der Stadt Erfurt oder der BRD mit ihren Imageprogrammen «LAP» und «DenkBunt» symbolisch keinen Raum lassen will. Erfurt ist genauso wenig bunt wie die BRD und wer meint, das eigene Mitmachen oder Verwenden staatlicher Symbolik würden die Stadt / den Staat verändern, zumal in Zeiten, in denen halbjährlich Verschärfungen des Asylrechts durchgewunken werden, missversteht, dass er sie vor allem sich und eine politische Bewegung Veränderung durch Einbindung und Kompromittierung

die danach in den Prozess eingeführt wurde. Als Zuschauer ertappt mensch sich aber auch mal beim kollektiven Mitlachen über das Altherren-Geplänkel zwischen dem Nazianwalt Waldschmidt und dem Oberstaatsanwalt bzw. über törichte bis dreiste Aussagen von Nazi-ZeugInnen.

Noch unheimlicher ist das Gefühl, dass auch unser antiautoritäre Teil der Besucher*innen eigentlich ziemlich froh darüber ist, so gründlich vom BFE durchsucht zu werden, weil dann Nazis die gleiche, entwaffnende Prozedur durchlaufen müssen. Wenigstens hier wird Nazis einmal die gleiche Schikane zuteil, wie sie Antifaschist*innen zu häufig als einseitig empfinden - so das Gefühl allgemeiner Ohnmacht.

An dieser Stelle sei erinnert an Szenen, wie sie sich im Erfurter Amtsgericht zutragen, als der Antirassist B. wegen seiner Intervention in eine rassistische Polizeikontrolle vor Gericht stand: Dort gab es wegen minder schikanöser Einlasskontrollen durch das BFE heftige Tumulte, Handgemenge und Geschubse mit Bullen vor dem Saal und eine von Pöbeleien und Türenknallen geprägte Verhandlung. Fühlen sich Herrschaftskritiker*innen nur dann unwohl im gewaltsamen Griff des Staats, wenn keine Nazis in Sichtweite sind, denen das Gleiche widerfährt? Oder wenn keine Nazis in Sichtweite sind, vor denen einen die Bullen vielleicht doch schützen würden? Sind derartige Momente der Rebellion einzig der Ruf nach gleicher Gewalt gegen alle, so wie sie offenbar rund um die Ballstadt-Verhandlungen eine beruhigende Wirkung zeigt?

Der linke Ruf nach mehr Kontrolle, härterem Durchgreifen und Meinungsverboten im Gericht

In diesem Gesamtgefüge von Macht und Ohnmächtigen erscheint es nur konsequent, dass die Beratungsstelle Ezra, die u.a. die Betroffenen des Übergriffs begleitet und ihnen Nebenklageanwält*innen zur Seite stellt, genauso nach einer härteren Hand des

Staates ruft wie die Lirabelle-Autor*innen vom Kleingartenverein Tristesse e.V. und dem Infoladen Gotha. So fordern diese einhellig⁵ das gänzliche Verbot von Kleidung rechter Marken oder mit rechten politischen Slogans, um die Betroffenen des Überfalls während ihrer Zeug*innenvernehmungen nicht einer Gewaltverherrlichung auszusetzen. Was würde das zur Folge haben? Zum Einen würden Linke ebenfalls keinerlei politische Symbole tragen dürfen - eine Maßnahme, die in verschiedensten Prozessen gegen Linke andernorts zu massiven Auseinandersetzungen führt.⁷ Glücklicherweise wurde diesem Wunsch bisher noch nicht entsprochen. Denn zum Anderen hätte ein derartiges Verbot die Konsequenz, dass nur noch Naziparolen im Saal zu sehen wären - es sei denn, die Verbotswünsche würden derart umgesetzt, dass den zutätowierten Naziglätzen während der Verhandlung Sturmhauben und Handschuhe übergezogen würden, die Gesichts- oder Handtattoos zu verdecken wüssten. Das würde jedoch dem Ziel verringerter Einschüchterung der Zeug*innen nicht unbedingt entgegenkommen. Letztlich halte ich - ohne die Erfahrung geschädigter Zeug*innen hierbei nachvollziehen zu können - abseits ihrer Kleidung die Statur und Auftreten der Nazis bzw. den gerichtlichen Zwang, sich ihnen als Betroffene*r teilweise stundenlang gegenüber setzen und widerliche Fragen beantworten zu müssen, für maßgeblich einschüchternd oder retraumatisierend.

Die Vorstellungskraft bezüglich Opferchutz gehen leider weder bei Ezra noch bei den genannten Autor*innen der Lirabelle weiter als sie vollends dem Eigeninteresse der Strafjustiz auszusetzen und dabei zumindest solidarisch⁸ zuzuschauen. Während in linken Auseinandersetzungen um sexistische Übergriffe immerhin teilweise Versuche (Stichwort Definitionsmacht) gemacht werden, einerseits die Betroffenen vor Retraumatisierung durch Polizei, Gericht und Täter*innen zu schützen und andererseits die langfristige Auseinandersetzung um den Übergriff

möglichst entlang der Wünsche der Betroffenen zu gestalten, fehlt in den meisten Debatten um Gerichtsverfahren ein Anspruch, die eigenen herrschaftskritischen Parolen in eine Kritik jeglicher autoritärer Konfliktbearbeitungen umzumünzen. Dies ist bis dato eine von Feminist*innen erkämpfte und gleichwohl stark bekämpfte und ausbaubedürftige Insel eines emanzipatorischen Umgangs mit Konflikten und Gewalt. Stattdessen verbleiben Ezra⁹ und die Lirabelle¹⁰-Autor*innen bei einer verkürzten Kritik am Verhalten der Richter*innen. Dabei scheint bei Ersteren willentlich verkannt zu werden, was bei Zweiteren vermutlich ohnmächtig erkannt und akzeptiert ist: Ein Gericht hat kein Interesse an den Opfern und deren Wünschen. Es hat ein Interesse, das abstrakte Strafbedürfnis des Staats „im Namen des Volkes“ durchzusetzen. Wenn die Opfer sich davon nichts versprechen und viel lieber auf die ganze gewaltförmige und retraumatisierende Prozedur verzichten würden, wovon im vorliegenden Fall bei einigen

äußerst zögerlich oder von „Erinnerungsschwierigkeiten“ geprägten Zeug*innenaussagen ausgegangen werden muss, werden sie mit Geld- und Haftstrafen „zur Vernunft“ gebracht. Dass Ezra als eine von unzähligen parastaatlichen Organisationen (Flüchtlingsrat, Mobit, DGB-Gewerkschaften) mit Integrations- und Befriedigungsfunktion konsequenterweise auch Linksradikale, die Opfer von Nazigewalt werden, ohne Bedenken und Aufklärung über mögliche Boomerangeffekte zum Staatsschutz (Abteilungen der örtlichen KriPos bzw. des LKAs, die zu „politisch motivierten Taten“ ermitteln) schickt, um dort Aussagen zu machen, sollte in diesem Zusammenhang auch noch erwähnt werden. Dass Linke damit oft auch kein Problem haben, obwohl selbige Bullen z.B. Ermittlungsdaten mit Adressen über den Verfassungsschutz-Spitzel Kai-Uwe Trinkaus Anti-Antifa-Strukturen zuarbeiten,¹¹ entspricht dem aktuellen Stand einer Thüringer Linken im Stockholm-Syndrom-ähnlichen Klammern an Linkspartei und Staat.



Nazis in Balllstädt. Bild übernommen von der Antifa Gotha.

eigenen Partei. Sie forderte ebenfalls dazu auf, in Dialog mit den Anhänger_innen von Pegida zu treten und suchte just das öffentliche Gespräch mit AfD-Chefin Frauke Petry. Das sind keine „Ausrukscher“, sondern eine politische Strategie, wie sie bestens mit ihrer Vorstellung von Wirtschaft und Kapitalismus zusammenhängt. Denn die angeblich „rote Sarah“ hat schon lange ihren Frieden mit den Verhältnissen geschlossen. Gegen den „gierigen“ „Geldadel“, die bösen „Monpole“ und ihren „Wirtschaftsfeudalismus“ – allesamt Konzepte aus der Ecke der Verschwörungstheorien, des Antisemitismus und kommunistischer Partei-Taktikerei – setzt sie das Versprechen eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. In der Verantwortung, ihn durchzusetzen, sieht sie den Nationalstaat, „soziales“ Unternehmertum, freiere Märkte, mehr Wettbewerbs- und Leistungsorientierung. Sie wünscht sich die Rückkehr in die soziale Marktwirtschaft der postnazistischen Nachkriegs-BRD. Das ist in der strukturellen Krise des Kapitalismus weder möglich, noch sehen wir darin irgendeine Befreiungsperspektive.

Wir erteilen dieser Veranstaltung eine klare Absage. Wir stellen uns gegen die staatliche Herrschaft und ihre Gewalt – egal ob nun gerade die Linken oder die Rechten an der Macht sind. Stattdessen setzen wir auf die Selbstorganisation und autonomen Kämpfe der Unterdrückten. Das sind z.B. die Gruppen Roma Thüringen, The VOICE

Refugee Forum und das Break Deportation Netzwerk, die gemeinsam gegen Abschiebungen und die Internierung in Heimen kämpfen. Die Gefangenengewerkschaft, die sich auch in Thüringen für Mindestlohn, Sozialversicherung und Gewerkschaftsfreiheit für die inhaftierten Arbeiter_innen stark macht. Und die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) Erfurt/Jena, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzt und sich gerade in Arbeitskonflikten mit der Uni Jena befindet.

**Konfrontieren wir den Staat und seine Verwalter_innen!
Stärken wir diese und andere autonome Kämpfe!**

Beteiligt euch am Break-Deportation-Aktionstag am 28. Januar – gegen Abschiebung! Mehr Infos unter <http://breakdeportation.blogspot.de/>

Kommt zur Silvesterkundgebung der Gefangenengewerkschaft bei der JVA Tonna – Solidarität mit den Gefangenen! Mehr Infos unter: <http://gefangenensolijena.noblogs.org/>

veröffentlicht im Dezember 2016 auf <http://wastun.co.vu/event/stoppt-die-patriotische-und-staatslinke-staerken-wir-die-autonomen-kaempfe/>

Stoppt die patriotische und Staatslinke! Stärken wir die autonomen Kämpfe

Kundgebung gegen den Wagenknecht-Besuch an der Uni Jena organisiert von Anarchist_innen aus Jena

Zum 15. Dezember wurde die Linkspartei-Spitzenkandidatin und Bundestags-Franktionsvorsitzende Sarah Wagenknecht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen zu einer Lesung und Diskussion in die Universität Jena eingeladen. Sie wird dort ihr neues Buch „Reichtum ohne Gier“ vorstellen.

Aus zwei Gründen sind wir wütend darüber und werden eine Protest-Kundgebung gegen den Wagenknecht-Besuch veranstalten.

1.) Die Veranstaltung mit Sarah Wagenknecht wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Thüringen, der ideologischen Vorfeldorganisation der Linkspartei, organisiert. Ein Blick ins aktuelle Veranstaltungsprogramm der Stiftung zeigt, dass zwar allerlei „kritische Themen“ angesprochen werden, eine Auseinandersetzung mit der Mittäterschaft der eigenen Partei als Regierungspartei in der staatlichen Gewalt- und Unterdrückungsmaschinerie in Thüringen jedoch bewusst ausgeklammert wird. Das lassen wir ihnen nicht durchgehen und schreien umso lauter gegen diese „gute Publicity“ der RLS an. Wir erinnern: Nachdem am Morgen des 9. November 2016 eine fünfköpfige Roma-Familie, die mit der Gruppe

„Roma Thüringen“ gegen Abschiebungen gekämpft hat, aus Erfurt abgeschoben wurde, sprangen die verantwortlichen Politiker_innen aller Regierungsparteien auf den Gedenkveranstaltungen an die Reichspogromnacht und bei den Antifa-Protesten gegen Thügida in Jena rum – und erkaufte sich so ein gutes Gewissen für die nächsten Abschiebungen. Während die Bundes-Linkspartei eine Resolution zur Unterstützung der Gefangenengewerkschaft unterschrieb, fanden von September bis November zwei Hungerstreiks von Mitgliedern der Gefangenengewerkschaft in der thüringischen Justizvollzugsanstalt (JVA) Untermaßfeld gegen rassistische Schließer, Postzensur und die Ausbeute hinter Gittern statt.

2.) Mit Sarah Wagenknecht wird die Frontkämpferin des linken Patriotismus und prominenteste Querfront-Strategin eingeladen. Sie hat sich an der rassistischen Hetze nach den Silvestereignissen in Köln beteiligt. Sie hat erklärt: „Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt“, was im Grunde dasselbe ist, wie die Forderung der AfD nach der „Abschiebung krimineller Ausländer“. Dafür bekam sie Lob von AfD-Vize Gauland und das verteidigte sie auch gegen den Protest aus der

The Wire statt Tatort

Den linken Besucher*innen bleibt trotz der erhofften besten Unterhaltung das Sahnehäubchen vergönnt: So richtig smarte Kommissar*innen, die genauso geschickt die repressive Ordnung wiederherstellen können wie sie zuverlässig ihre Ermittlungsbefugnisse überreizen wie die Lieblingsermittler*innen im sonntäglichen Volksritual Tatort.¹² Für die „gute“, hier antifaschistische, Sache solle der Staat gerne mal zulangen. Ich bin selber ziemlich froh, dass das LKA nicht unbedingt aus den ambitioniertesten Leuchten besteht. Ansonsten säßen mehr Antiautoritäre oder schlicht Nazigeegner*innen vor Gericht und würden im Zweifel allein wegen der engagierten „Aufklärungsarbeit“, d.h. Beweiskonstruktion oder Falschaussagen von Bullen, verurteilt werden. Fragt mal Josef, was auch nur ein Einzelner ambitionierter Bulle ausmachen kann.¹³

Tatort ist nicht nur langweilig und in seiner wöchentlich dargebotenen Wiederherstellung der gewaltsamen Unordnung fürchterlich deutsch. Es lässt sich auch weitaus weniger über die Verfasstheit der Klassengesellschaft und über schlaue Kriminelle oder schlaue Bullen lernen. Daher sei hiermit die US-Serie The Wire ans Herz gelegt. Diese ist zunächst viel unterhaltsamer und humorvoller. Den sonntäglichen Tatort habt ihr im Zweifelsfall mit einem Thomas Wagner gemein. Dass dieser The Wire guckt, erscheint eher unwahrscheinlich. Nicht nur aus Gründen faschistischer Borniertheit, sondern auch, weil das titelgebende Kernelement die Telefonüberwachung der Drogenmafia durch die Drogenfahnder*innen darstellt, die in Wagners brauner Welt erst seit Antritt seiner U-Haft angekommen sein dürfte.

Schlüsse

Dass Nazis sich im Umgang mit staatlicher Repression tatsächlich ziemlich blöd anstellen, mag zunächst mal eine erbauende Gewissheit sein, die wir aus Besuchen des Landgerichts mitnehmen können. Dass sie weniger

braun aus der im Knast verwirklichten Potenzierung dieser gewaltsamen Gesellschaft herauskommen werden, bestreite ich entschieden. Im Zweifelsfall kommen mehr Nazis raus als reingegangen sind. Falls mensch die Wahl hat, ist so ein Verhandlungstag im Zweifel tatsächlich unterhaltsamer als der Vormittag auf der Lohnarbeit, mit Nachrichtenblogs, TV-Serien, beim Einkaufen oder in der Vorlesung. Wieviel aus dem Prozess politisch mitgenommen wird und ob sich die Hunderten Stunden, die manche bereits im Landgericht verbracht haben, angesichts sehr begrenzter autonomer Ressourcen und teils stark isolierter Kämpfe wie z.B. dem von Roma Thüringen¹⁴, politisch rechtfertigen lassen, würde ich an Zweierlei messen: 1. Ob wir in der Lage sind, die gewonnenen Rechercheinformationen überhaupt wirksam feindselig gegen die Thüringer Nazinetzwerke ins Feld zu führen. Und ob wir uns autonome (nein, nicht das Kunsthaus mit Anwält*innen, Presse und NGOs¹⁵) Räume schaffen, in denen eine Wissensweitergabe an alle gewährleistet wird, die sich die übergriffigen Einlasskontrollen und gewaltförmigen Gerichtssituationen nicht geben können; eine Reflexion über die eigene Ohnmacht und trotz ihrer Marginalität vorhandenen und alternativlosen (!) Selbstorganisations- und Selbstschutzprozesse.

Was die Recherche angeht, bin ich skeptisch. Ich würde hier behaupten, dass die Infos, die z.B. die Antifa Südthüringen¹⁶ unabhängig vom Ballstädt-Prozess immer wieder zu veröffentlichen weiß, verbunden mit deren unermüdlichen Mobilisierungen in die braunste Provinz Nazis ein größeres Problem ist, als die Demaskierung im Landgericht. Denn offenbar kann die Öffentlichkeit auf die einzelnen Faschos und ihre Taten auch einen Dambruch-Effekt haben, wie sich am Suhler Schläger Stefan Fahrenbach zeigte.¹⁷ Andere Ballstädter Nazis scheinen die Öffentlichkeit gar zu suchen, wie das „NSU Reloaded“-Foto bewies, dass sie bereits vor dem Überfall freizügig auf

Facebook posteten.¹⁸ Ebenso sind Recherchen zu ihren wirtschaftlichen Strukturen, wie sie Thüringenrechtsaussen¹⁹ regelmäßig veröffentlicht, vermutlich schmerzhafter als die Infos aus dem Prozess. Mal ehrlich: Was haben Antifas von Namen, Adressen oder Treffpunkten von Anabolika-genährten MMA²⁰-Fans, die ohnehin offen als Nazis auftreten und in nicht wenigen Fällen auch Waffen zuhause haben dürften?

Eine Reflexion des Ballstädt-Prozesses und der damit angetretenen Beschäftigung mit militanten Thüringer Nazi-Netzwerken findet bereits regelmäßig statt. Allerdings würde ich sehr für eine größere Ernsthaftigkeit und Formalisierung selbiger durch selbstorganisierte Strukturen plädieren. Eine Kombination aus schriftlichem Austausch, Diskussionsveranstaltungen mit autonomen

Ansprüchen, begleitet von einem nichtöffentlichen Austausch in vertrauter Atmosphäre kann dabei angemessen sein. Ohne diese Selbstorganisation und autonomes Selbst-Bewusstsein wird zudem Bündnispolitik und punktuelle Zusammenarbeit mit NGOs etc. immer in Instrumentalisierung und Integration münden. Zu Beginn einer solchen Auseinandersetzung sollte ein Austausch über das massive Ohnmachtsgefühl stehen. Diese Aspekte außen vor zu lassen führt in der Regel zur Wandlung emanzipatorischer Politik in folkloristische Begleitung eines reaktionären Spektakels, in ein staatsantifaschistisches Mitmachen, zum totalen Rückzug oder zu maßloser Selbstüberschätzung und Verbalradikalismus. All dies ist aktuell leider ebenso verbreitet wie wenig hilfreich.

-
- (1) Ballstädt – wie geht es weiter? in: Lirabelle #10, <http://lirabelle.blogspot.eu/2015/10/05/ballstaedt-wie-geht-es-weiter/>
 - (2) Dämmer geht's immer – Bullen vs. Nazis in: Lirabelle #12, <http://lirabelle.blogspot.eu/2016/05/02/duemmer-gehts-immer-bullen-vs-nazis/>
 - (3) Das binnen-I dürfte der binären Ideologie der angeklagten Männer und einer Frau gerecht sein
 - (4) Siehe dazu auch die Aufzählung in „Dämmer geht's immer – Bullen vs. Nazis“, Lirabelle #12
 - (5) Pressemitteilung von VBRG e.V. / Ezra <https://ballstaedt2014.org/2016/03/18/verband-beratungsstellen-kritisiert-zurschaustellung-von-neonazistischen-symbolen-im-ballstaedt-prozess/>
 - (6) „[...] ein Gericht, welches es nicht schafft, was in den meisten popeligen Fußballstadien durchgesetzt wird: Naziklamotten bleiben draußen.“ Lirabelle #12
 - (7) valentin.blogspot.de
 - (8) Wie unterstützend die Ballstädter*innen (die ohnehin von „der Antifa“ nichts halten, s. Lirabelle #10), den ihnen überwiegend unbekanntem Zuschauer*innenteil empfinden, der ihnen grundsätzlich die Volksgemeinschaft zersetzen, den Staat zerschlagen und die Felder und Betriebe enteignen will, sei hier ebenfalls in Frage gestellt.
 - (9) „[...] ist es völlig inakzeptabel, dass das einschüchternde Auftreten durch das Landgericht Erfurt nicht unterbunden wird.“ PM von VBRG e.V. / Ezra
 - (10) „[...] außerdem ein Gericht, welches es nicht schafft, was in den meisten popeligen Fußballstadien durchgesetzt wird: Naziklamotten bleiben draußen.“ Lirabelle #12
 - (11) Thüringer Verfassungsschutz initiierte Jagd auf Antifas, Rote Hilfe Südthüringen, <https://linksunten.indymedia.org/de/node/73186>
 - (12) „Das LKA kocht auch nur mit Wasser, und im Gegensatz zum gewieften Tatort-Kommissar sind das alles ganz durchschnittliche Typen – weder besonders schlau, noch besonders engagiert und teilweise erschreckend unvorbereitet. Leute, die eben ihren Job machen und dabei auch den ein oder anderen Fehler begehen.“ Lirabelle #12
 - (13) soli2014.blogspot.eu

klassische antigewerkschaftliche Erzählung.

Der kommende Aufstand⁵

Zusätzlich dazu haben ein paar weitere Faktoren uns im Verlauf des CATI-Labour-Struggle das Leben schwer gemacht: Der Komplex aus Mitverantwortlichkeit und Ohnmacht der jeweiligen verschiedenen Instituts- und Uni-Ebenen, was es schwer macht, eine klare Angriffsfläche zu identifizieren. Die Fluktuation und Schnellebigkeit an der Uni, was langfristige Organisationsprozesse, Erfahrungsweitergabe und größer angelegte Konflikte er-

schwert. Die persönlichen Abhängigkeiten und die Prekarität von Hilfskräften und Mittelbau. Und eine Mischung aus hoher Belastung in Prüfungszeiten und Unzuverlässigkeit der einzelnen Beteiligten. Um diese Dinge irgendwie zu überbrücken, wurde Anfang August von der FAU eine offene AG zur Arbeit im Bildungsbereich gegründet. Hier können sich alle einbringen und die anstehenden Arbeitskonflikte an der Uni Jena mitunterstützen.

(1) Gezwungen? Ja, gezwungen! An der Wortwahl „zwingen“ haben Institutsverantwortliche großen Anstoß genommen. Schließlich werde hier niemand zu irgendetwas gezwungen, man erhalte vielmehr (dankenswerterweise) die Chance, etwas Geld dazuzuverdienen.

(2) Und schon wieder: Institutsverantwortliche legen Wert darauf, dass die Interviewer_innen Studierende sind, keine „Arbeiter_innen“. Auch diese Wortwahl werden wir jedoch beibehalten, alles andere würde die Lohnarbeit und -Abhängigkeit verschleiern.

(3) Eine Aufnahme von Studentischen Hilfskräften (SHKs) in den Tarifvertrag finden wir richtig. Allerdings lautete unsere Forderung nicht, die Interviewer_innen zu SHKs zu machen, sondern sie am Tariflohn orientiert zu bezahlen (und nicht, sie darin aufzunehmen). Aber das nur nebenbei.

(4) Ein paar Zitate von einem der beteiligten Profs geben hier Aufschluss: Klagen seien nicht einseitig. "Wir, also die Uni, haben mehr und bessere Anwälte. Und wenn ich kämpfe, führe ich den Kampf so, dass er ihn gewinne." Oder: Wir dürften nicht von Prekarisierung sprechen, weil wir als Studierende nicht zur Klasse des Proletariats gehörten und daher auch kein Recht hätten, marxistische Klassenkampf-Rhetorik zu verwenden. Da könnten wir auch gerne mal ein Seminar bei ihm belegen und uns das noch einmal ausführlich erklären lassen.

(5) Ein bisschen Selbstironie muss sein.

Anarcho Infoblatt Jena #5, August 2016

aus.

4. Das Institut schob die (zunächst generelle, dann nur die juristische) Verantwortung die Uni-Ebene ab, obwohl es einen Teil der Schuld für das Schlamassel selbst trägt. Dass institutsintern letzten Endes ein Lösungsvorschlag ausgetauscht wurde, zeigt, dass es da wohl doch einen gewissen Spielraum gab.

Nieder mit den roten Baronen!

Die Aktionen des CATI-Arbeitskampfes übten Druck auf den Apparat des Soziologie-Instituts aus. Dieser Druck führt zu einem Positionierungszwang, der letzten Endes interessante Erkenntnisse über die politischen Dynamiken innerhalb des linken Establishments am Institut brachte. (1) Nur Wenige unterstützten den Arbeitskampf öffentlich, z.B. die studentischen Hilfskräfte, die die zwei offenen Briefe verfasst haben. Einige sympathisierten unauffällig. (2) Auf der anderen Seite gab es eine Fraktion aus Profs, Dozent_innen und verbandelten Studis, die trotz ihrer ach so linken Texte klare Boss-Allüren an den Tag legten.⁴ (3) Zwischen diesen Fraktionen gab es eine Menge Karriere-Hiwis, Gewerkschaftsjugend-Aktivist_innen/Funktionär_innen und Leute aus studentischen Gremien, die auf Sozialpartnerschafts-Kurs waren. Sie wollten sich „beide Seiten anhören“, fanden die Ausfälle gegen die FAU natürlich blöd, waren aber auch der Meinung, dass die FAU übertreibe und überhaupt, wer sei schon die FAU etc. Sie konnten sich nie zu einer Unterstützung des Arbeitskampfes durchringen und machten sich stattdessen für die Einbindungsstrategie stark.

Ein paar Worte zum „Institutspatriotismus“, der von Boss-Profis und Sozialpartner-Studis gefahren wird: Es gibt die Ansicht, dass das linke Soziologie-Institut aufgrund seiner kritischen Forschung und Lehre so etwas wie einen Stützpunkt für die revolutionäre Bewegung darstelle. In der verallgemeinerten Konkurrenz um Prestige und Fördergelder könne es aber nur durch

seine hohe Produktivität, z.B. viele Forschungsprojekte, bestehen. Und hier müssten wir alle mitanpacken und den Gürtel ein bisschen enger schnallen. Wer das nicht tut, wer sich z.B. wie die Leute vom CATI-Labor gegen die Ausbeute im Institut auflehnt, greife das Institut an, greife also das linke Projekt allgemein an und sei so was wie ein Konterrevolutionär.

Erstens glauben wir nicht, dass wir Studis und Hilfskräfte, die wir aufgrund von unbezahlten Überstunden teilweise für 5€ die Stunde arbeiten, dasselbe Interesse haben wie Profs, die einen fetten Gehaltsscheck und den ganzen Fame einheimen. Zweitens kann man sich schon mal fragen, was bei der linken Soziologie politisch am Ende raus kommt: Geklüngel mit der Linksregierung, Werbung für die Linkspartei und Rosa-Luxemburg-Stiftung, Rekrutierung für DGB und Gewerkschaftsbürokratien. Im Grunde ist das Soziologie-Institut einer der Standorte, an denen der linke Flügel des politischen Establishments hochgezogen wird. Mit autonomen Kämpfen und Selbstorganisation hat das aber wenig zu tun. (Klar gibt es ein paar unverbesserliche Radikalinskis. Und die haben um ihr Überleben tüchtig zu kämpfen.) Dieser Institutspatriotismus ist aber nicht nur eine fixe Idee, er beruht auf materiellen Beziehungen. Einige Profs haben richtiggehend Kaderschmieden aufgemacht und pushen ihre Studis durch die akademische Konkurrenz und die wollen ihre Karrieren sicher nicht riskieren.

Leider ist die Deutungshoheit über den Konflikt die ganze Zeit bei den Soziologie-Chefs und ihrer Bagage geblieben. Ein Großteil der Studierenden glaubt bis heute ihrer Verschwörungstheorie, wonach die böse FAU die unschuldigen oder naiven Interviewer_innen aus dem CATI-Labor erst verführt und dann instrumentalisiert habe, um ihre eigene Agenda durchzusetzen, nämlich das linke Soziologie-Institut zu zerstören. Das ist nicht nur absoluter Mumpitz, sondern leider auch eine ganz

(14) breakdeportation.blogspot.de

(15) Veranstaltung „Ballstädt überall“ am 15.3.2016 im Kunsthaus Erfurt, <http://www.kunsthaus-erfurt.de/talks/musterbeispiel-rechter-gewalt-ein-einblick-in-den-prozess-zum-ballstaedtueberfall/>

(16) agst.afaction.info

(17) Suhl: Nazischlägern ein Gesicht geben, Antifaschistische Gruppen Südthüringen, <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=829>

(18) „Thüringer Paintball-Nazis als „NSU-Reloaded“?“, <http://publikative.org/2012/12/03/paintball-nazis-als-nsu-reloaded/>

(19) <https://thueringenrechtsausen.wordpress.com/>

(20) Kampfsport Mixed Martial Arts

Anarcho Infoblatt Jena #4, Juni 2016

Der CATI-Labour-Struggle: Arbeitskampf an der Uni

verfasst von zwei Mitgliedern des CATI-Labour-Struggles, die nicht beanspruchen können, für die ganze Gruppe zu sprechen

Was ist passiert?

Mitte Juni begannen organisierte Interviewer_innen des CATI-Labors der Uni Jena gemeinsam mit der FAU einen Arbeitskampf. Dieser richtete sich gegen die Praxis, Studierende mittels Werkverträgen in die Scheinselbstständigkeit zu zwingen¹. Außerdem wurde eine höhere Bezahlung der studentischen Arbeiter_innen² gefordert.

Nachdem wir unseren Forderungskatalog den CATI-Labor-Verantwortlichen und -Assoziierten des Soziologie-Instituts zukommen ließen, passierte zunächst wenig bis nichts. Das Öffentlichmachen des Arbeitskampfes mit Plakaten, Flyern und einer spontanen Kundgebung hat hingegen ordentlich Bewegung in die Sache gebracht: Nach mehreren Gesprächen mit Vertreter_innen des Instituts – die erwartungsgemäß von verschiedenen Einbindungsversuchen geprägt waren – liegt nun eine Stellungnahme des Instituts für Soziologie vor. In dieser bestätigt das Institut, von der Werkvertragspraxis Abstand zu nehmen und spricht sich für eine Aufnahme von studentischen Hilfskräften in den Tarifvertrag aus.³ Von daher ist ein Teilsieg errungen; das Modell der Werkverträge und Scheinselbstständigkeit wird nach 12-jähriger (laut Institut „problemloser“) Anwendung fallen gelassen.

Werkverträge und Scheinselbstständigkeit

Das CATI-Labor wird von dem Institut für Soziologie betrieben und dient zur Durchführung von computergestützten Telefoninterviews (CATI = Computer assisted telephone interviewing). Dort

werden die Daten für „Prestigeprojekte“ des Instituts wie zum Beispiel den Thüringen Monitor erhoben. Was war Anlass für unsere Unzufriedenheit mit der Arbeitssituation im CATI-Labor? Obwohl faktisch ein Arbeitsverhältnis vorlag, wurden die Interviewer_innen mit Werkverträgen beschäftigt. Diese machen sie zu Selbständigen, die sie de facto nicht sind: Folglich lag eine Scheinselbstständigkeit vor.

Das faktische Arbeitsverhältnis ergibt sich aus der tatsächliche gelebten Praxis: Die Interviewer_innen arbeiten in den Räumen der Uni und zwar mit Material und Software der Uni, welche dieser zudem umfassendes Monitoring erlaubt. Sie sind weisungsgebunden und tragen sich in Dienstpläne ein. Letztendlich wurden die Interviewer_innen auch nicht pro Werk, also durchgeführtes Interview, sondern nach Arbeitszeit bezahlt. All dies ist auf der rechtlichen Basis von Werkverträgen entweder gar nicht oder aber nur unter bestimmten Umständen vorgesehen.

Die Werkverträge haben aber für die Uni einen großen Vorteil: Sie sind billig, da sie erlauben, die Verpflichtungen eines Arbeitgebers wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu umgehen. Dies geschieht dann logischerweise auf Kosten der Scheinselbständigen. Da diese Praxis nach unserem Aufmucken nicht mehr haltbar ist, wird nun vermutlich angestrebt werden, die Interviewer_innen künftig als studentische Hilfskräfte anzustellen. Dieses Modell ist nicht unumstritten, da durchaus diskutiert werden kann, ob die Arbeit im CATI-Labor eine wissenschaftliche ist und somit auf SHK-Basis stattfinden kann.

Anders als bei vielen Hiwi-Stellen bei Profs können die studentischen Arbeiter_innen nicht auf eine Karriereplanung mit Papa Prof hoffen. Aus dem CATI-Labor gibt es keinen Weg nach oben, selbst wenn am Institut das persönlich-akademische Benefit der Interviewer_innen ausgiebig beteuert wird. Dass die Telefon-Interviewer_innen also nicht viel zu verlieren haben, erklärt, warum ein paar studentische Arbeiter_innen endlich mal rebelliert haben.

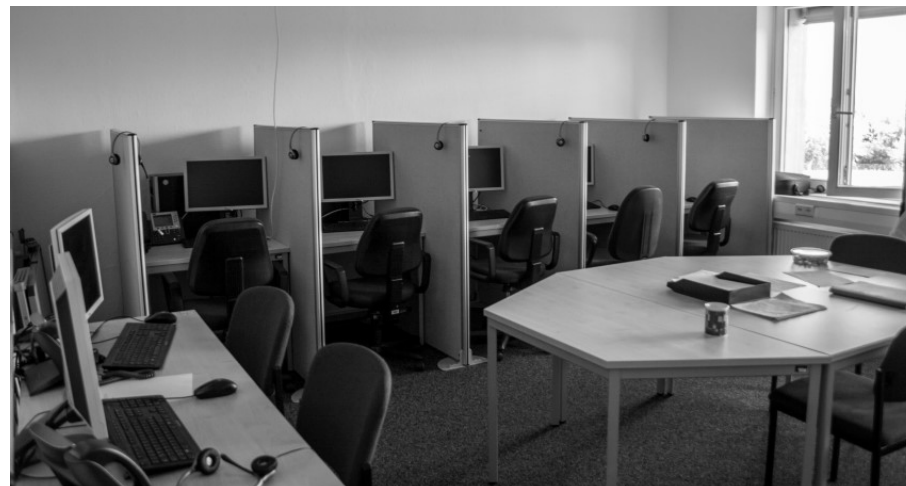
Reaktionen des Arbeit(„Auftrag“-)gebers

Anders als unterstellt, wurde das CATI-Labor nicht in übler Absicht von der FAU infiltriert, um Interviewer_innen zu instrumentalisieren, sondern eine Gruppe von Interviewer_innen suchte die FAU-Sprechstunde auf. Dass die Inanspruchnahme des Schutzes der FAU nicht unbegründet war, zeigte sich spätestens, als der Arbeitskampf öffentlich gemacht wurde. Da kam es nämlich durchaus zu heftigen persönlichen Anschuldigungen und Diffamierungen der Kämpfenden. Folgende Strategien des Instituts und der Uni zeichneten sich ab:

1. Repression und Union Busting gegen die Gewerkschaft FAU Erfurt/Jena wurden in Betracht gezogen und vorbereitet. Mehrfach wurde behauptet, die FAU sei keine richtige Gewerkschaft, einzelne Personen schlugen auf einer Institutskonferenz vor, künftig vom Hausrecht Gebrauch zu machen und die Polizei gegen die FAU vorgehen zu lassen.

2. Es wurde sich bemüht, die studentischen Arbeiter*innen in internen Gesprächen zu beschwichtigen und einzubinden. Sie wurden u.a. eingeladen, sich (unbezahlt) an der Sonderkommission zum CATI-Labor zu beteiligen, so ihren eigenen Arbeitskampf von oben mitzuverwalten und das nächste Arbeitsmodell (vermutlich nicht weniger problematische Hiwi-Verträge) mitzugestalten und so zu legitimieren.

3. Einzelne Dozent*innen und Professor*innen des Instituts haben am Konflikt beteiligte studentische Arbeiter*innen im instituts-öffentlichen Raum bloßgestellt und verbal angegriffen. So entpolitisierten sie den Arbeitskampf zu einer persönlichen Fehde zwischen Einzelpersonen und übten Druck auf engagierte Student*innen



So sieht ein klassisches CATI-Labor aus. Hier ein Photo von der TU Chemnitz.